DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

KOMM ZU DEN BESTEN! ***Komm zu uns!*** ➔ Seite 15

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 177, Samstag, 15. Juni 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 25.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 660.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN



Mai/Juni 2024: Demokraten in den »neuen« Bundesländern stehen auf wie hier in Altenburg – doch auch der Westen rumort gegen Kriegstreiberei und Corona-Lüge. Foto: Heiko Sell

Die Revolution findet bereits statt: Die überparteiliche neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung demonstriert seit über vier Jahren in West- und Ost-, in Nord- und Süddeutschland. Nun macht sie sich bereit für die finale Abrechnung.

Allein laut der EMA-Behörde sind mit den »Injektionen« über 25.000 Menschen totgespritzt und über 660.000 Menschen mit den experimentellen MRNA-Substanzen verstümmelt worden. Die Dunkelziffern liegen um Vielfache höher. Die Massenspritzungen erfolgten auf Grundlage der größten Lüge der Menschheitsgeschichte, die in 176 Ausgaben dieser Wochenzeitung weltführend entlarvt – und zuletzt mit der Offenlegung der Protokolle des Robert-Koch-Institutes umfassend bestätigt und teils sogar übertroffen worden sind. Wo wir zu Beginn noch betont vorsichtig waren, müssen alle nun feststellen: Die verleumdete Bewegung und ihre Zeitung – diese hier – haben auf ganzer Linie recht! *ARD*, *ZDF*, *RBB*, *Spiegel*, *FAZ*, *SZ*, *Tagesspiegel*, *Bild* und *Taz* sind mit dem Geld des Multimilliardärs Bill Gates bestochen worden – und haben uns mit voller Absicht und systematisch belogen und geschädigt.

Doch noch immer fällt es vielen Bundesbürgern schwer, der Wahrheit ins Auge zu blicken: Medienkonzerne und führende Berufspolitiker sollen uns absichtlich schwersten Schaden zugefügt haben und verantwortlich für einen der größten industriell organisierten Massenmorde der Menschheitsgeschichte, den Spritzengenozid, sein? Ja. Die Herrschenden führen einen Krieg gegen uns alle, wo viele politisch »Linke« zu Beginn noch dachten, es gehe bei der er auch für Laien erkennbaren Corona-Lüge immerhin um soziale Ziele – wie etwa um ein globales Krankenhilfesystem oder um eine international organisierte Grundrente für Jedermann oder um Naturschutz. Allein, es geht um Herrschaft, Krieg und Vernichtung.

AFD UND BSW BOYKOTTIEREN KIEWER KRIEGSREDE IN BERLIN

»Wir lehnen es ab, einen Redner im Tarnanzug anzuhören, Selenskis Amtszeit ist abgelaufen«, so die AfD-Vorsitzenden Tino Chrupalla und Alice Weidel am Montag zum Besuch des Kiewer Repräsentanten im Reichstagsgebäude, der nach Aussetzung der Wahlen nur noch kommissarisch im Amt ist. Der Ukraine laufen die Menschen davon, die Ostfront brach zuletzt an mehreren Stellen ein. AfD und Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) blieben der Schausitzung in Berlin fern. Selenski sei »nur noch als Kriegs- und Bettelpräsident im Amt. Die Ukraine braucht jetzt aber keinen Kriegspräsidenten, sie braucht einen verhandlungsbereiten Friedenspräsidenten, damit das Sterben aufhört und das Land eine Zukunft hat«, so die AfD-Spitzen weiter.

Die Sessel im Bundestag blieben demonstrativ und erkennbar leer: »Jetzt soll deutsches Steuergeld verschleudert werden für BlackRock und andere Investoren, die am Wiederaufbau beteiligt sind. Das lehnen wir ab. Für uns stehen die eigenen Leute an erster Stelle, genug ist genug«, so die AfDler, »die Bundesregierung muss sich mit Diplomatie für Frieden in der Ukraine einsetzen. Erst nach Friedensschluss kann man über Wiederaufbau reden. Jetzt ist höchste Zeit für Frieden und Diplomatie.« Doch der Staatsapparat Bayerns sucht bereits Immobilien für neue »Pandemie-Zentrallager«, die gekaperte WHO bereitet die »Vogelgrippe« als neue Weltpropagandalüge vor, Bunkeranlagen werden getarnt als »Wärmeschutzräume« eingerichtet, afghanische Kollaborateure aus der zwanzigjährigen Nato-Besatzungszeit könnten in der BRD eingesetzt werden (Seiten 3 und 13). Wird es zum Aufstand kommen?

➔ Weiterlesen auf Seite 12

INHALT DW 177

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 177. Ausgabe ab Samstag, 15. Juni 2024. | Redaktionsschluss war am 13. Juni. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Dem Volk verpflichtet

Der Preis der Republik geht an Monika Donner.
LAUDATIO von Klaus Müller

Sie war in Österreich ein Flaggschiff im Corona-Widerstand, u. a. in Reden auf Demos und auch mit ihrem Buch »Corona-Diktatur« zeigte Monika Donner auf, dass die Corona-Maßnahmen illegal und gegen unsere Grundrechte gerichtet waren. Die »Blödemie« sei eine Beleidigung für den gesunden Menschenverstand gewesen.

Wie andere Gegner des korrupten Regimes wurde auch sie angefeindet und mit Repressalien belegt, erwies sich dagegen jedoch als immun: Nach 32 Jahren im Bundesdienst – zunächst als Offizier der 4. Panzergrenadierbrigade, dann als Juristin im Verteidigungsministerium sowie als Ministerialrätin – wollte man sie erst entlassen, dann kündigen, ehe man sich letztlich im gegenseitigen Einvernehmen trennte. »Das Problem für meinen Dienstgeber war, dass alles, was ich in meinem Buch geschrieben habe, wahr und belegt ist«, erklärte Donner in DW 132. »Es als Entlassungsgrund herzunehmen, war absurd«, sagte sie und verwies auf ihre »Treuepflicht«, die sie »gegenüber dem Volk, nicht gegenüber einer verrückten Regierung« hatte. Donner macht klar: »Nicht der Bäcker oder Fliesenleger muss zuerst aufstehen, sondern der Beamte, der von den Steuerzahlern finanziert wird und laut Verfassung und Beamtendienstrecht dazu verpflichtet ist, wenn die Befolgung von Weisungen Straftatbestände nach sich zieht, was bei Corona zweifelsfrei der Fall war.«

Eine Rebellin war Donner schon lange vor Corona, so klärte sie in ihren Büchern z. B. auch über die Hintergründe des Ersten Weltkrieges und der Massenmigration auf. Die Plandemie war für die Menschenrechtlerin ein »Befreiungsschlag«: »Mir war klar, dass jetzt viel mehr Leute verstehen, worüber ich schon seit vielen Jahren rede und schreibe.« Würden alle Bürger, insbesondere die im Staatsdienst tätigen, so handeln wie Monika Donner, würden antidemokratische Regierungen, wie sie in Österreich und Deutschland ihr Unwesen treiben, kein Land mehr sehen. Für ihren Kampf und ihre Courage hat sie sich diesen Preis redlich verdient. Glückwunsch!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN MONIKA DONNER. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle, Dr. Hans-Rudolf Milstrey, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder, Michael Stürzenberger

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Die Sekunden zwischen Leben und Tod

EINWURF von Dr. phil. Werner Köhne

Ist Religion Privatangelegenheit? Wenn man den Gedankengängen des Philosophen Kant folgt, ist dem so?

Der eine Mensch glaubt an ein höheres Wesen, der andere nicht. Jeder nach seiner Façon, wie ein Preussenkönig Kant damals beipflichtete. Der von der Vernunft geleitete Mensch entscheidet selbst, ob er glaubt oder nicht. Aber diesem hochdekorierten Idealtyp der Aufklärung steht in den Grenzen einer Person ein jämmerliches Wesen gegenüber, das von Begierden und Ängsten beherrscht wird und sich nicht damit abfinden kann, dass mit dem Tode alles aus ist, sich Gott im Nebel der Galaxien und der Hirnchemie in Nichts auflöst.

Aus diesem Grunde fügt Kant seiner Philosophie noch einmal eine Denkfigur an, welche die Aufklärung mit den metaphysischen Bedürfnissen des Menschen abgleicht und aussöhnt: Die Vernunft selbst – so Kant – gelangt über eine Kette von Argumenten und daraus entstehenden Urteilen zu der Einsicht, dass es Gott und Unsterblichkeit – um es vorsichtig zu sagen – geben könnte, ja eigentlich geben müsste – ohne Garantie auf Erkenntnis allerdings. Kurz: es ist schwer verdauliche Kost, die uns der Denker ans Herz legt.

Mir scheint allerdings, dass Kant damit unbestechlich die Vagheit und Banalität benennt, mit der wir uns gleich weit entfernt haben von einem »Sprung in den Glauben« (Kierkegaard) und einer Aufklärung, die auf Religion und Gott nicht ganz verzichten will. Der dazu passende Satz lautet denn auch für den Normalbürger: Man weiß ja nie, ob da was dran ist mit Gott und all dem Zeugs drum herum.

Leben wir also mit diesen vagen und auseinanderdriftenden Gewissheiten: einer Aufklärung, die uns trotz zahlreicher Informations- und Kommunikationsangebote zutiefst vereinsamt (und privatisiert) oder greifen wir zurück auf mythologische Bestände, die uns auf irgendeine Weise aussöhnen mit unserer Endlichkeit, aber auch anfällig machen für Manipulation.

Ach! Schluss mit diesen Spekulationen, die einen schnell dem Verdacht aussetzen, man verliere sich in ideologisch gefärbten Narrativen. Was nun die aktuellen Bilder vom Polizistenmord in Mannheim angeht: Gab es hier einen Clash zwischen Religion und Aufklärung? Was geschah da eigentlich in diesen wenigen flüchtigen Sekunden zwischen Leben und Tod?

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS
Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter
• 49 (0)162 / 63 60 112

DIE WHO HAT DIE WELTBEVÖLKERUNG ÜBER DEN TISCH GEZOGEN

Weitere Hintergründe zur 77. WHO-Jahresversammlung, bei der die Internationalen Gesundheitsvorschriften geändert wurden, deren Gültigkeit jedoch äußerst fraglich ist

Von Marianne Grimmenstein

Vom 27. Mai bis 1. Juni 2024 tagte die Weltgesundheitsversammlung in Genf (DW berichtete). Da die Staaten sich über einen Pandemievertrag nicht einigen konnten und auch der endgültige Text der veränderten Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) immer noch nicht vorlag, hieß es am 29. Mai noch, dass man über die beiden Verträge nicht abstimmen wird. Nach dem Nachrichtensender *AUF1* haben sogar mehrere Delegierte vorzeitig die Sitzungsperiode verlassen und sind abgereist, weil sie so verärgert waren. Nach noch nicht gesicherten Informationen sollen nur 30 Prozent der Staaten bis zum Schluss geblieben sein.

In der 77. Weltgesundheitsversammlung der WHO wurden die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) in einer Nacht-und-Nebel-Aktion am letzten Sitzungstag, 1. Juni 2024, also von einer unbekannten Zahl von Mitgliedstaaten völkerrechtswidrig doch noch verabschiedet. Die Nichtveröffentlichung des Abstimmungsergebnisses stellt die Gültigkeit der Abstimmung zusätzlich auch noch in Frage. Der endgültige Text der vorgesehenen Änderungen wurde erst am letzten Sitzungstag vor der Abstimmung den Delegierten präsentiert.

VÖLKERRECHT UND GRUNDGESETZ WURDEN MIT FÜSSEN GETRETEN

Die WHO hätte bis zum 27. Januar 2024 die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) an die Mitgliedstaaten nach Artikel 55 Absatz 2 IGV zusenden müssen, wenn diese Änderungen der 77. Weltgesundheitsversammlung (WHA/World Health Assambly) zur Abstimmung vorgelegt werden sollten. Das haben sie nicht getan.

Der Wortlaut des Artikels 55 IGV: »Der Generaldirektor übermittelt allen Vertragsstaaten den Wortlaut jeder vorgeschlagenen Änderung mindestens vier Monate vor der Gesundheitsversammlung, in der sie zur Beratung vorgeschlagen wird.«

Mit der Abstimmung der Internationalen Gesundheitsvorschriften wurde nicht nur das Völkerrecht, sondern auch unser Grundgesetz mit den Füßen getreten. Trotz der unmissverständlichen rechtlichen Verpflichtung der WHO haben das Sekretariat und die für die Änderungen zuständige Arbeitsgruppe (WGIHR) einen brandneuen Text den Delegierten in den letzten Stunden der Versammlung zur Abstimmung vorgelegt. Der Bundestag konnte nicht über die Änderungen debattieren und im Vorfeld der Sitzung der Weltgesundheitsversammlung darüber eine demokratische Entscheidung treffen.

Was erwartet uns, wenn wir die Annahme dieses Vertrages nicht stoppen:

• Mit dem neuen Begriff »Pandemischer Notfall« kann der Generaldirektor schon auf Verdacht willkürlich eine Pandemie ausrufen (vgl. DW-Ausgabe 176).

• Einrichtung eines Ausschusses der Vertragsstaaten innerhalb der WHO, der die wirksame Umsetzung der geänderten Verordnungen erleichtern soll (Kontrollorgan).

• Die Staaten sind verpflichtet, neue staatliche Behörden zur Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften zu errichten, die nach den Vorgaben der WHO arbeiten müssen.

• Ständige Impfprogramme mit kaum erprobten Impfstoffen (geplant war nur 100 Tage Erprobungsphase).

• Reisebeschränkungen: Ein Mitgliedsstaat kann Einreisende, die er für «gefährlich» im Sinne ihres Gesundheitszustandes hält, jetzt auch in Isolation und Quarantäne zwingen.

• Indirekter Impfzwang: Es geht erkennbar darum, uns zum Impfen und einem digitalen Impfpass zu nötigen, was nicht direkt in den Änderungen formuliert ist.

• »Relevante Gesundheitsprodukte« werden ganz genau angegeben: Arzneimittel, Impfstoffe, Diagnosen, Medizinprodukte, Produkte zur Vektorkontrolle, persönliche Schutzausrüstung Dekontaminationsprodukte, Hilfsmittel, Gegenmittel, zell- und genbasierte Therapien und andere Gesundheitstechnologien.

• Grundrechtseinschränkungen auch bei vermuteter Gefahr, stets im Namen der Gesundheit.

• Kein Verbot der Biowaffenlabore (Gain-of-function-Forschung).

• Die Vertragsstaaten verpflichten sich zur Informationskontrolle (Zensur).

WAS KÖNNEN WIR JETZT TUN?

Die Staaten haben ein Widerspruchrecht. Innerhalb von zehn Monaten können sie fristgerecht ihr Widerspruchsrecht ausüben und die Ablehnung der Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften erklären (sogenannte Opting-out). Diese zehn Monate müssen jetzt ausgenutzt werden.

Es sind zahlreiche Aktionen in Vorbereitung. Alle Mitmenschen und alle Initiativen werden zur Mithilfe aufgerufen. Sonst ist diese Herkulesaufgabe nicht zu schaffen. Meldungen bitte an folgende Mailadresse: *kontakt@gemeinwohl-lobby.de*.



Marianne Grimmenstein, die Autorin dieses Textes, kämpft unermüdlich für Menschenrechte und Demokratie sowie für eine Politik, die am Gemeinwohl interessiert ist. Sie und ihre Mitstreiter der Bürgerinitiative GemeinWohl-Lobby versuchen mit aller Macht, eine WHO-Diktatur zu verhindern. Foto: privat

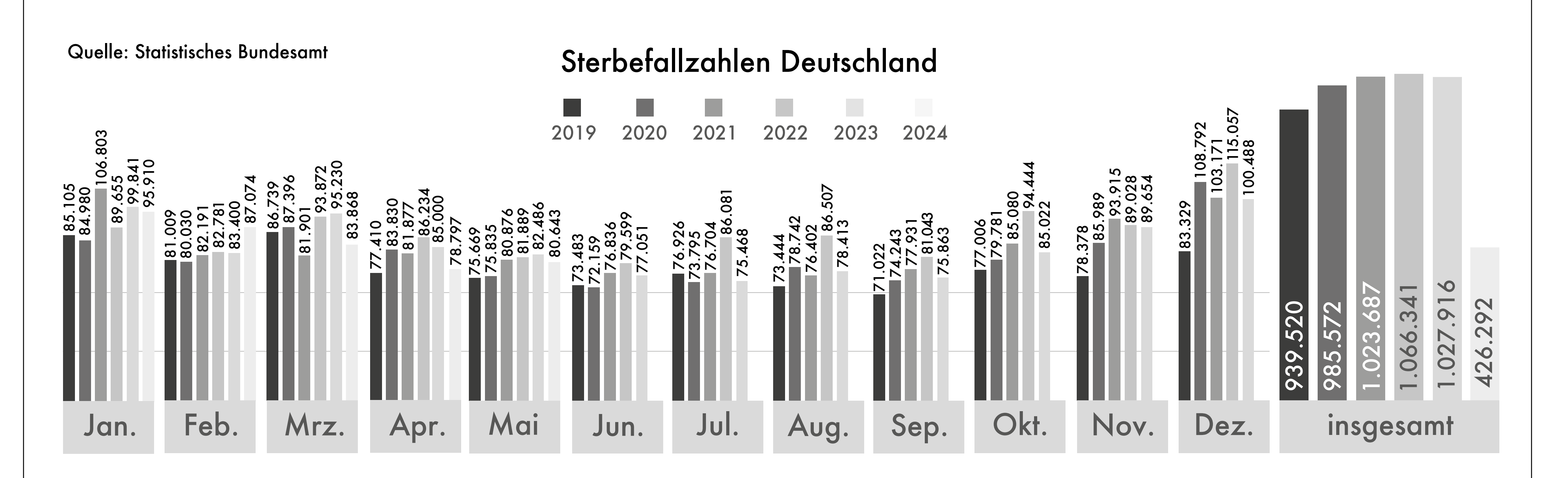
MELDUNG

HOMBURG ZWEIFELT AN POLITIKER-»IMPFUNG«

Berlin/DW. Der renommierte Finanzwissenschaftler Professor Stefan Homburg (Leibnitz Universität Hannover) hält es, wie er am 6. Juni 2024 auf X schrieb, in Anbetracht der »schlimmen internen RKI-Berichte [...] für undenkbar«, dass sich Karl Lauterbach (SPD) und sein Vorgänger als Gesundheitsminister, Jens Spahn (CDU), »bewusst mit AstraZeneca impfen ließen«. Homburg geht noch einen Schritt weiter: »Ich hege sogar Zweifel, ob Spitzenpolitiker überhaupt geimpft wurden. Anders als bei unzähligen Sportlern, Schauspielern, Moderatoren und anderen Prominenten, die plötzlich und unerwartet verstarben, ist mir kein Spitzenpolitiker bekannt, den es getroffen hätte. Zum Teil fuhren sie Hunderte Kilometer, um sich ihre Dosis im Bundeswehrkrankenhaus zu holen. Kochsalz?« (kmü)

MENSCHEN IN DEUTSCHLAND STERBEN FRÜHER

Wiesbaden/Rostock/DW. Die Menschen in Deutschland leben im Durchschnitt 80,5 Jahre und somit 1,7 Jahre kürzer als in anderen Ländern Westeuropas. Wie eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung offenbart, vergrößert sich der Abstand zu den anderen Nationen bereits seit zwei Jahrzehnten kontinuierlich. Am längsten leben die Menschen in der Schweiz (83,5 Jahre). (kmü)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

»Feuer!«

EM der Vielfalt – ein echter Sommer-Horror!
SATIRE von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

In bunten Farben startet die deutsche Elf zur Heim-Europameisterschaft. Das Trikot bereits in der Optik der Telekom: Pink. Und während mit deutschen Waffen die Demokratie in der Ukraine verteidigt wird, feiern wir eine Fußball-Party in Deutschland.

Die EM der Vielfalt in Deutschland, ein echter Sommer-Horror steht uns bevor. Da kann man nur hoffen, dass in den Stadien alles *woke* und vegan verläuft, nicht? Mein alter Fußballtrainer, der Herr Dick, hat übrigens immer »Feuer!« gerufen, wenn wir nur in die Nähe des 16-Meter-Raums gekommen sind. Aber das sagt man heute nicht mehr. Den Sechzehner nennt man jetzt »Box«. Der Vorstopper ist ein »Sechser«, der Mittelfeldspieler ein »Achter«, der Außenstürmer »Elfer«, der Trainer heißt heute »Coach« und das Trainerteam »Staff«.

Denken Sie daran: Wer jetzt noch im Stadion eine Schweinewurst vom Clemens Tönnies oder Uli Hoeneß frisst, versündigt sich an der Umwelt und der Generation Z. Ich glaube, dass der DFB einen genauen Plan hat! Bei der nächsten Frauen-EM wird sich nach dem neuen Selbstbestimmungsgesetz sicherlich noch der eine oder andere Transsexuelle für das Damen-Team empfehlen können – und dann schlagen wir richtig zu. Penis hin oder her, man ist eben das, wonach man sich fühlt und daran kann weder der DFB, die UEFA oder die FIFA etwas ändern.

IN PINK UND MIT EINEM REGENBOGEN

Aus dem Hintergrund müsste Rheinmetall schießen. Da Rheinmetall demnächst der Sponsor vom BVB Dortmund wird, ärgern sich die Tönnies-Schalker in der zweiten Liga, weil bei ihnen Gazprom nicht mehr auf dem Trikot steht. Wie wäre es mit Werbung für Wärmepumpen? In Gelsenkirchen hat man eben bis heute nicht verstanden, was es bedeutet, bunt zu sein – vor allem beim Fußball. Immerhin sind unsere Fußballstars doch Vorbild für die Jugend.

Ob ein Kampfspiel wie Fußball überhaupt noch gespielt werden sollte, muss man sich genau überlegen. Aber auch dafür gibt es schon zielführende Vorschläge vom DFB. Es ist eine Revolution, die sich auf den Fußballplätzen in Deutschland vollzieht. In der G- und F-Jugend, also bei Kindern bis neun Jahren, wird nicht mehr auf einzelne Tore gespielt, es gibt auch keine Tabellen mehr. Die Kinder sollen stattdessen Zwei gegen Zwei oder Drei gegen Drei auf vier Mini-Tore spielen. Da frage ich mich doch: Warum nur bei den *Kids*? Wir brauchen auch keine Bundesligatabelle mehr, weil ja fast immer der FC Bayern Meister wird – wozu dann noch die Rangliste? Weg damit!

MENSTRUIERENDE MÄNNER

Im TV schaute ich in dieser Woche eine Reportage: »Einigkeit und Recht und Vielfalt.« Von Freiheit ist da zwar nicht mehr die Rede, aber die Freiheit wird ja auch überschätzt. Wichtig ist die Freiheit der Masse, die alle eine Maske tragen lassen will. Das ist die echte Freiheit. Was zu der Frage der Frage führt: Was ist mit der Binde bei der EM? Menstruierende Männer sind für viele Menschen noch ungewohnt, aber man muss sich den Tatsachen stellen – in Pink.

Und noch eine Bitte von meiner Seite, wenn Sie ins Stadion gehen sollten: Nehmen Sie die Regenbogenflagge mit! Für eine bestimmte Nation zu sein, ist so etwas von 1990. Lassen Sie es sein, holen Sie sich bitte eine vegane Wurst, trinken sie um Himmelswillen auch kein Bier mehr! Dann bin ich mir sicher, dass wir auch diesmal bei der Heim-EM eine Bombenstimmung haben werden.



Die international und national umstrittene Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD, rechts) am 7. März 2024 im Köln-Müngersdorfer Stadion mit übergroßer EM-Pokal-Replika, dem Maskottchen Albärt (rechts außen) und einem Sportfunktionär. Foto: Raimond Spekking CC

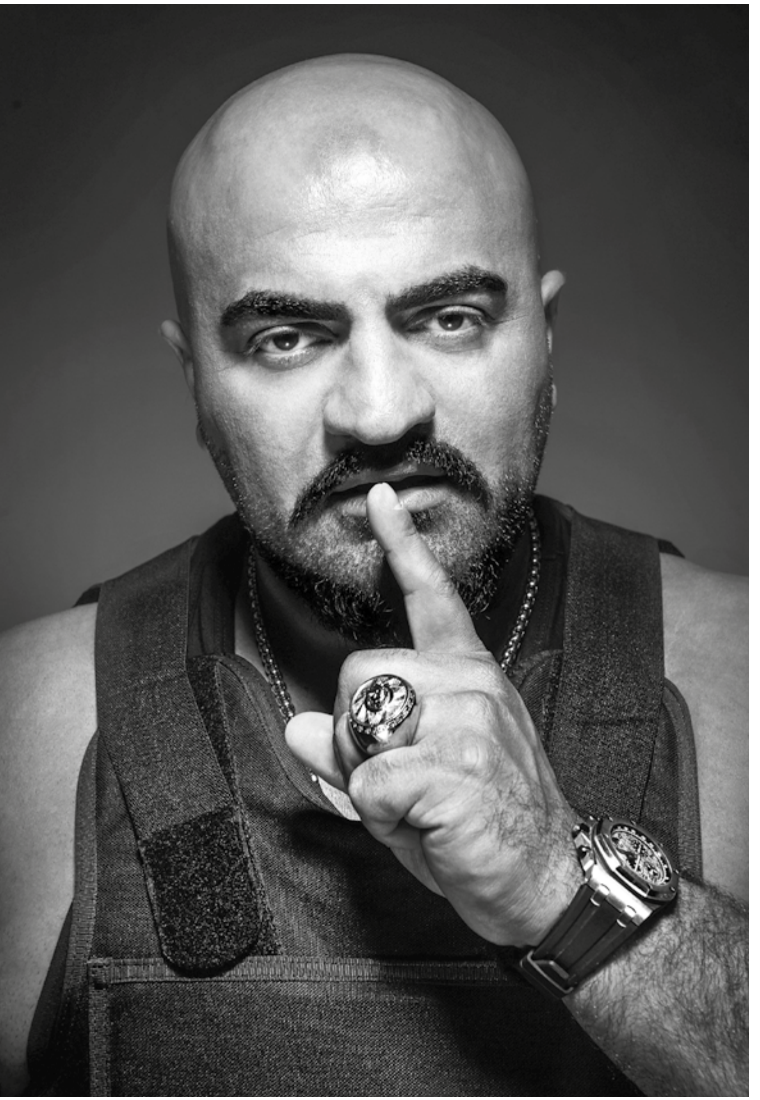

Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Goldräuber arbeitet nun für die Ampel

Lang ist »Aufsteigerin des Jahres« – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, sind Sie schon im Fußballfieber? Falls ja, möchte ich Ihnen die Freude an der Fußball-EM (begann am Freitag nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe mit dem Eröffnungsspiel von Gastgeber Deutschland gegen Schottland) nicht nehmen.

Als ehemals jahrzehntelanger begeisterter Fußballfan kann ich der Veranstaltung allerdings nicht (mehr) viel abgewinnen. Die ausufernde Kommerzialisierung, vor allem aber Corona und die zunehmende Politisierung haben meine Fußball-Leidenschaft nahezu zum Erliegen gebracht. Wenn ich nun schon wieder sehe, dass der deutsche Michel mit dem von Angela Merkel und den Linken so verhassten Deutschland-Fähnchen am Auto zur Arbeit fährt, wird mir echt übel, weil ich genau weiß: Spätestens sobald das Turnier beendet ist, sind die Nationalfarben wieder verpönt und werden als Nazi-Symbol *geframt*. Man könnte es auch mit den Worten der Rockband Weimar sagen: »Wenn die Bundesnationalelf auf dem Siegertreppchen steht, weiß plötzlich jeder Zweite wieder wie die böse Hymne geht ...« (aus »Im Wahnsinn gefangen«). Aber so ein sportliches Großereignis eignet sich prima, um das Volk von den politischen und wirtschaftlichen Realitäten abzulenken. Brot und Spiele sagte man dazu im Römischen Reich. Klappt auch heute noch ganz gut.


Nancy Faesers neueste Eroberung: Der verurteilte Straftäter Xatar hilft der Regierung, vermeintliche Falschmeldungen im Netz aufzudecken. Der Steuerzahler dankt. Foto: Lipstar/CC

Herzlich lachen musste ich am vergangenen Wahlsonntag, als ich die langen Gesichter bei Grünen und SPD sah. Warum so traurig, Herr Habeck? Die Stimmen sind ja nicht weg, sie sind jetzt nur woanders. Das Ergebnis ist für die Ampelparteien desaströs, auch wenn sie selbst das natürlich nicht wahrhaben wollen. Schuld sind die dummen Wähler, die mit ihrem Abstimmverhalten »unsere Demokratie« gefährden, und die »bösen Nazis« von der AfD, nicht wahr, Herr Klingbeil? Der SPD-Chef und Ex-»Antifant« hat offenbar immer noch nicht geschnallt, dass die Nazi-Keule aufgrund inflationärer Benutzung längst zur Lachnummer verkommen ist. Friedrich Merz weiß das offenbar und versucht es deshalb mit einer neuen Variante: Sahra Wagenknecht bezeichnete er als teils rechtsextrem, teils linksextrem. Demnach ist sie wohl multiextrem. Not macht erfinderisch.

DIE SPD BRINGT UNSER LAND VORAN

Callcenter-Agent Kevin Kühnert (SPD) machte als Schuldige die Koalitionspartner Grüne und FDP aus und sprach von einer »Kontaktschande« seiner Partei. Herrlich! Auch Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt verstand die Welt nicht mehr und ärgerte sich vor allem über die Ostdeutschen: »Das ist so ein Festhalten am Alten und das deprimiert mich ehrlich gesagt sehr«, sagte sie frustriert. Mensch, ich freue mich schon jetzt auf die Landtagswahlen im Herbst. Wird das ein Spaß. Saskia Esken (SPD) dagegen redete sich die Wahlniederlage schön: Man habe das Land vorangebracht, erklärte sie gewohnt schmallippig. Recht hat sie – ein Stück näher an den Abgrund. Wird Zeit, dass Wahlen verboten werden. Dann ließe sich endlich störungsfrei das Land ruinieren.

Bis es soweit ist, rüstet die Regierung personell erstmal weiter auf. Jüngster Neuzugang: Xatar! Noch nie gehört? Der Kerl, der mit bürgerlichem Namen Giware Hajabi heißt und

Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

aus dem Iran stammt, ist ein Gangster-Rapper und zwar im wahrsten Sinne: 2009 überfiel er mit Komplizen auf der A81 in Baden-Württemberg einen Goldtransporter, dessen Fahrer er brutal fesselte, um dann mit der Beute – Gold im Wert von 1,8 Millionen Euro – über Moskau in den Irak zu flüchten. Blöd nur, dass er kurze Zeit später aufgespürt wurde und schließlich wegen schweren Raubes, gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung für acht Jahre im Knast landete. Benötigt wird der Goldräuber, wie *Bild* berichtet, für die neueste Kampagne von Nancy Faeser (SPD), die sich »*Fake Train*« (dt.: »gefälschter Zug«) nennt und gegen Desinformation im Netz richtet. Für das *Streaming*-Format untersuchen Experten – einer von denen ist jener Xatar – das Internet nach *Fake-News*. Vielleicht fangen sie damit ja bei Meldungen zur Plandemie an – etwa auf bundesregierung.de, rki.de oder den Seiten sämtlicher Konzernmedien. Amüsanter Fakt am Rande: Das Gold tauchte bis heute nie wieder auf. Bei seinen Vernehmungen hat Xatar vermutlich »gescholzt« und auf die Frage, wo das Edelmetall geblieben ist, sicher grinsend geantwortet: »Daran kann ich mich nicht erinnern.« Mensch, ich bin schon gespannt, was als Nächstes kommt. Vielleicht erleben wir ja Steuerverbrecher Uli Hoeneß noch als Finanzminister.

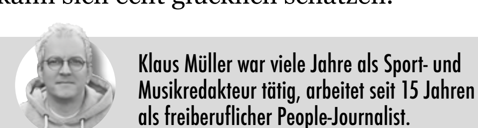
THEODOR, DER SCHNELLCHECKER

Haben Sie schon von Theodor Weimer, Vorstandschef der Deutschen Börse, gehört? Der hat sich – mit Verlaub – regelrecht ausgekotzt. Bei einer Rede auf einer Tagung im Bayrischen Hof in München, die er am 17. April 2024 hielt, die aber erst später auf YouTube veröffentlicht wurde, wetterte er: »Ich habe mein 18. Treffen mit Wirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck hinter mir und ich kann Ihnen sagen: Es ist eine schiere Katastrophe.« Deutschland sei auf dem Weg zu einem Entwicklungsland und unser Ansehen in der Welt war noch nie so schlecht. Scheint ein absoluter Schnellchecker zu sein, dieser Theodor. Hut ab, dass ihm diese Entwicklung bereits nach nur 18 Treffen mit dem ideologischen Propheten auffällt. Grünen-Chefin Ricarda Lang wurde derweil, einen Tag nachdem ihre Partei ins Bodenlose gestürzt war, beim sogenannten »Politikaward« in Berlin als »Aufsteigerin des Jahres« geehrt. Realsatire pur!



Demokraten am 8. Juni 2024 in Dresden. Foto: fodronix.de/DW

Apropos Scholz: Der forderte vor wenigen Tagen im Bundestag, Kriminalität nun verstärkt mit Waffenverbotszonen zu bekämpfen. Vermutlich, weil das in Mannheim so gut geklappt hat. Okay, der Fehler war, dass die Verbotszone auf dem dortigen Marktplatz auf die Abend- und Nachtstunden beschränkt war. Warum eigentlich, wird sich der Kanzler gefragt haben. Hätte das Verbot auch tagsüber gegolten, wäre es – so wohl seine Logik – nicht zu dem Mordanschlag auf Michael Stürzenberger und der tödlichen Attacke auf den Polizisten (DW berichtete) gekommen. Puh, manche Probleme in unserem Land sind wirklich einfach zu beheben – eine große Portion kindliche Naivität reicht. Ein Volk, das von solchen Klardenkern regiert wird, kann sich echt glücklich schätzen.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



DURCHSICHTIGE FANGFRAGEN BEIM »SÜDKURIER«

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. jur. Martin Schwab

Nachdem die Konzernmedien die Angeklagten in den Prinz-Reuß-Prozessen schon vorverurteilt haben, zeichnen sich nunmehr Versuche ab, auch einzelne Verteidiger zu diskreditieren. Hier ein Einblick in perfide Arbeitsmethoden.

Ein »rechtsextremer Szeneanwalt« sei Andreas Wölfel, einer der beiden Verteidiger des ehemaligen KSK-Soldaten Peter W., der in Frankfurt angeklagt ist, sich an der Vorbereitung eines angeblich geplanten gewaltsamen Umsturzes beteiligt zu haben. So jedenfalls schäumte die *Taz* am 23. Mai 2024, zwei Tage nach dem Prozessauftakt vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main. Belege? Fehlanzeige!

Der Südkurier hat es offenbar auf mich abgesehen. Bekanntlich verteidige ich in eben diesem Prozess die Angeklagte Johanna F. Am ersten Prozesstag hatte ich für sie eine Eingangserklärung abgegeben und diese am 22. Mai 2024 als Gastbeitrag bei Alexander Wallasch veröffentlicht (DW berichtete; red).

In dieser Erklärung hatte ich unter anderem daran Anstoß genommen, dass der Generalbundesanwalt die Hypothese vom rituellen Kindesmissbrauch durch Politiker in unterirdischen Tunnelsystemen einerseits als Verschwörungstheorie abtut, andererseits aber behauptet, die angeblichen Putschisten hätten um Sympathien für ihre angeblichen Umsturzpläne werben wollen, indem sie diesen Missbrauch öffentlich machten.

Am 24. Mai 2024 schrieb der *Südkurier*, ich sei am ersten Prozesstag »mit Lautstärke und einer bizarren Verschwörungstheorie« aufgefallen. Was damit genau gemeint sein soll, erfährt man nur hinter einer Bezahlschranke. Am 6. Juni 2024 stellte mir ein Redakteur des *Südkurier* die folgende Frage:

»In Ihrer Erklärung zum Prozessauftakt haben Sie diese Frage gestellt: Was ist, wenn eines Tages auch die DUMBs-Theorie wahr wird? Ich erkenne darin eine rhetorische Frage. Abgeleitet daraus bitte ich um Konkretisierung: Können Sie sich vorstellen, dass die *Deep Underground Military Bases* nicht nur eine ›Theorie‹ sind, wie Sie es formulierten, sondern es sie wirklich gibt? Und wenn ja, was vermuten Sie, von wem sie zu welchem Zweck betrieben werden?« Ich antwortete ihm:

» a) Meine Frage, was denn sei, wenn eines Tages auch die DUMBs-Theorie wahr werde, interpretieren Sie als rhetorische Frage. Das ist nicht meine Äußerung, sondern Ihre Interpretation derselbigen.

b) Was ich persönlich über die DUMBs-Theorie denke und was ich mir hierzu vorstellen kann, ist für das vorliegende Strafverfahren völlig irrelevant und daher hoffentlich auch für Ihre Berichterstattung über dieses Verfahren bedeutungslos – es sei denn, das Ziel der Berichterstattung bestünde darin, mich als Spinner darzustellen, dem man am besten gar nicht erst zuhören solle. Wenn das der Hintergrund Ihrer Frage ist, zielt sie allerdings nicht auf Prozessberichterstattung ab, sondern auf pures *Framing*.

Ich hoffe sehr, dass Sie dann wenigstens die Vorgabe von Paragraph 6 Absatz 1 Satz 3 des Medienstaatsvertrags beachten, Berichterstattung und Kommentar streng zu trennen. Wenn Sie mein Verteidiger-Verhalten bewerten, ist das keine Berichterstattung mehr, sondern ein Kommentar und als solcher zu kennzeichnen.

c) Im Prinzip richtet sich Frage 2 an den falschen Adressaten. Sie haben ja offenbar mein *Opening Statement* gelesen. Vielleicht muss ich noch einmal verdeutlichen, was ich zum Thema DUMBs sagen wollte und meines Erachtens auch gesagt habe:

Entweder es handelt sich bei den DUMBs um ein Hirngespinst fernab der Realität. Dann mag der Generalbundesanwalt erläutern, wie die die angebliche Vereinigung um Prinz Reuß mit solchen Hirngespinsten die Sympathien der Öffentlichkeit für die angeblichen Umsturzpläne hat gewinnen wollen.

Oder aber es bestehen tatsächlich Anhaltspunkte für die Existenz der DUMBs. Dann mag der Generalbundesanwalt erläutern, warum er nicht in diese Richtung ermittelt hat.

EXISTIERT DUMB?

Die Frage, was ist, wenn die DUMBs-Theorie wahr wird, mündet vor diesem Hintergrund in die Frage, ob der Generalbundesanwalt Angst davor hatte, unliebsame Ergebnisse zutage zu fördern, wenn er denn in diese Richtung ermittelt hätte.

Vom Generalbundesanwalt haben wir auf alle diese Fragen bis heute keine Antwort erhalten. Für das weitere Verfahren in Frankfurt wäre es aber von großem Interesse, dem Generalbundesanwalt derartige Antworten zu entlocken.

Zur Frage, ob es vorstellbar ist, dass DUMBs tatsächlich existieren, und wer sie zu welchem Zweck betreiben könnte, müssen Sie daher nicht mich, sondern den Generalbundesanwalt befragen. Denn dieser hatte nach Paragraph 160 Absatz 2 Strafprozessordnung die Pflicht, sowohl belastende als auch entlastende Umstände zu ermitteln, bevor er Anklage erhob.“

In einer späteren *Mail* trug ich nach:

»Um Missverständnissen bei der Interpretation meiner Antworten auf Ihre Fragen vorzubeugen: Was ich über DUMBs denke und was ich mir hierzu vorstellen kann, beziehungsweise ob ich mir so etwas überhaupt vorstellen kann, werde ich Ihnen nicht sagen. Eben weil meine persönliche Sicht auf dieses Thema für das Verfahren völlig irrelevant ist.«

Vermutlich wird der *Südkurier* auch weiterhin Haltung zeigen. Im Sinne der Bundesregierung.

MELDUNG

REGIERUNG LEHNT BEKÄMPFUNG DES POLITISCHEN ISLAMS AB

Berlin/DW. Nur wenige Tage nach dem Terror von Mannheim (DW berichtete) ist die CDU/CSU-Fraktion am 6. Juni 2024 im Bundestag mit einem Antrag zur Bekämpfung des politischen Islams »als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie« gescheitert. Von den 732 Abgeordneten stimmten für die Empfehlung des Innenausschusses, den Antrag abzulehnen, 406 Politiker von SPD, Grüne, FDP, Linken und BSW. Gegen die Ablehnungsempfehlung votierten 241 Abgeordnete, die neben fünf Fraktionslosen (u. a. Robert Farle) ausschließlich der CDU/CSU oder der AfD angehörten. 84 Abgeordnete enthielten sich, darunter Kanzler Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Grüne). (kmü)

PÜRNER ZIEHT INS EU-PARLAMENT EIN

Brüssel/Potsdam/DW. Dr. Friedrich Pürner ist bei der Europawahl am 9. Juni 2024 für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ins Europaparlament eingezogen. Der Amtsarzt gehörte in Bayern während der Plandemie zu den Maßnahmenkritikern und wurde deshalb von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) strafversetzt. Pürner will nun Gesundheitspolitik auf EU-Ebene gestalten und die umstrittene Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ins Visier nehmen. In den sozialen Medien zeigte er sich »gerührt ob der vielen Freude und Glückwünsche«, die ihn erreichten. Zu den Gratulanten gehörte auch Dr. Wolfgang Wodarg, der ihm »und allen anderen, die der korrupten Brüsseler-Politik entgegentreten wollen« auf X »viel Glück, ein dickes Fell, ein starkes Rückgrat, Bodenhaftung und Freiheit für Ihr Gewissen« wünschte. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL:Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
München Mittwoch ab 19.00 BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
RAMSTEIN: Ab Montag 10.00 • Rheinpfalz • Protestcamp
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz Nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Termin	Ort	Art
Sa, 15.6.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 15.6.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 15.6.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 15.6.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 15.6.2024 14-16 Uhr	Freiburg, Konrad Adenauer Platz, gegenüber vom Konzerthaus	Demoaufzug
Sa, 15.6.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 15.6.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 15.6.2024 18-20 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 15.6.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 16.6.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 17.6.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 17.6.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 17.6.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 17.6.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 17.6.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 17.6.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr. 13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 17.6.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:45-21 Uhr	Feucht, Altdorfer Str., am Schneckenbrunnen	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 17.6.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 17.6.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-19 Uhr	Melsungen, Am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilianstraße 26	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 17.6.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 17.6.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 17.6.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 17.6.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 17.6.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 17.6.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 18.6.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 18.6.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 18.6.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 18.6.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 18.6.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 19.6.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 19.6.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 19.6.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 19.6.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 19.6.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 19.6.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 19.6.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 19.6.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 19.6.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 19.6.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 19.6.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 20.6.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 20.6.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 20.6.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 20.6.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 20.6.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 20.6.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 20.6.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 20.6.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 20.6.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 20.6.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 21.6.2024 18-19:30 Uhr	Bielefeld, Jahnplatz	Spaziergang
Fr, 21.6.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 22.6.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 22.6.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 22.6.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 22.6.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 22.6.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 22.6.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Mo, 1.7.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mi, 3.7.2024 15-16:30 Uhr	Bielefeld, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 2.8.2024	BERLIN	QUERDENKER-GERICHTSHOF
Sa, 3.8.2024	BERLIN, SIEGESSÄULE	GROSSDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



BALLWEG ZUM AUGUST IN BERLIN

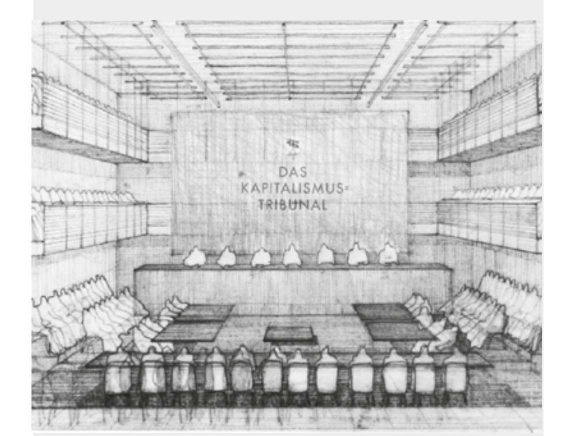
Am 2. August 2024 wird das Corona-Tribunal – der Querdenkergerichtshof in Berlin eröffnet. Der Widerstand holte ein *Statement* des großen Bürgerrechtlers Michael Ballweg ein. »Den Querdenkergerichtshof am 2. August halte ich für ein ganz wichtiges Instrument, denn wir müssen die Aufarbeitung selbst in die Hand nehmen. Wir gehen ja in zwei Linien voran: Zum einen schaffen wir uns die Welt, wie sie uns gefällt – mit dem Freiheitshandy, Bitcoin und weiteren Projekten wie Freie Schulen, zum Thema Medizin, aber auch der Verfassungsinitiative wie etwa von Ralph Boes (DW berichtete).

Zur Großdemo am 3. August: Die Berliner Polizei spielt natürlich wieder ›Tote Maus‹. Es gab also noch kein Kooperationsgespräch für die Großdemo am 3. August 2024 in Berlin. Aber wir sind natürlich fleißig dabei, alles zu organisieren. Das machen wir über dezentrale Unterstützung. Das heißt, dass Unterstützer das Equipment direkt bezahlen können wie zum Beispiel einen Boxenturm oder ein Gitter oder ähnliches. Das geht gut voran. Es gibt auch Unternehmer, die sich bereit erklärt haben, Großplakate zu finanzieren. Vor allem der Osten ist sehr stark in der Mobilisierung.

DEMO BEKANNT MACHEN

Wir brauchen jetzt die Hilfe der Leserschaft und der ganzen Community, um die Demonstration bekannt zu machen, zum Beispiel durch Verteiler. Es wird auch einen Aufzug geben, der von Querdenken Berlin angemeldet wird. Wir werden ein hochkarätiges Programm haben. Die Bauern werden sicherlich dabei sein und auch die Homöopathen, denen ja das Verbot droht. Die sind natürlich aufgerufen, sich geschlossen anzuschließen, wie jeder, der für Frieden, Freiheit und Grundrechte eintreten möchte.

Wir sehen ja, dass auch mit der Vogelgrippe die nächste ›Plandemie‹ in den Startlöchern steht, auch wenn der WHO-Kontrakt jetzt erstmal gecancelt wurde. Die werden sicherlich einen neuen Anlauf nehmen, zumal die WHO, trotz Scheiterns des WHO-Kontraktes, weitreichende Rechte übertragen bekommen hat. Die EU fängt an, alles immer weiter zu zensieren und alles als ›Desinformation‹ zu bezeichnen, was nicht als regierungskonform bezeichnet werden kann.«



Das Kapitalismustribunal stellte ab 2016 die Quittung für die Neoliberale Epoche aus. Zeichnung: Lambeo/Voigt

TÄUSCHUNG VON AMTS WEGEN?

Über den fünften Prozesstag gegen den Hamburger Mut-Arzt Dr. Walter Weber

Von Lera Kubach

Am Donnerstag, den 6. Juni 2024, fand am Landgericht Hamburg der fünfte von insgesamt 18 angesetzten Prozesstagen im Mammutprozess »Bundesrepublik Deutschland gegen Dr. Walter Weber« statt. Der Hamburger Arzt wird beschuldigt, unrichtige Gesundheitszeugnisse im Zusammenhang mit Coronamasken ausgestellt zu haben. Dafür droht ihm laut des neuen Paragraphen 278 des Strafgesetzbuches eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder eine erhebliche Geldstrafe.

Der Verhandlungstag begann mit einem großen Raunen als die vorsitzende Richterin Dr. Nele Behr den Beschluss ihres Amtskollegen Dr. Immo Graf vortrug. Dieser hatte einen Antrag von Walter Webers Verteidigern abgelehnt. Am ersten Verhandlungstag hatten die Anwälte ein Rechtsmittel gegen die Verlesung der Anklageschrift eingereicht, da diese erhebliche formale und inhaltliche Fehler aufwies. So fehlte der für eine Anklageschrift zentrale Wortlaut der Angeklagte »wird beschuldigt« im Text, außerdem war sachfremder Inhalt zur Anklageschrift hinzugefügt worden. Richterin Dr. Behr hatte den Antrag der Anwälte am ersten Prozesstag abgelehnt, auf der Verlesung der Anklageschrift beharrt und darauf verwiesen, dass die Anwälte auch nach der Verlesung der Anklageschrift den Antrag stellen könnten und hierdurch kein Rechtsverlust eintreten werde. Nun beschied ihr Amtskollege Immo Graf, dass mit der durchgeführten Verlesung der Anklageschrift eben der Rechtsverlust eingetreten sei, den Richterin Behr ausgeschlossen hatte. Die Richterin, so scheint es, hatte die Anwälte getäuscht, wogegen diese am fünften Verhandlungstag lautstark protestierten.



Wir sind überall! Ein langer Zug von Friedens- und Demokratieverfechtern zieht sich durch die Vorstadtstraßen Bambergs am 6. Juni 2024. Nicht, dass jemand sagt, er hätte von nichts gewusst. Foto: Karl Napf/DW

Im Anschluss wurden erneut über Stunden Zeugen befragt. Hierbei sagte eine Polizistin aus, die ein Protokoll zu einer Kontrolle und Beschlagnahmung eines Maskenattestes verfasst hatte, welches Dr. Walter Weber für einen Patienten ausgestellt hatte. Die Richterin zeigte sich dabei erstaunt, dass die Polizistin dieses Protokoll über einen ganzen Monat hinweg verfasst hatte, obwohl sie selber bei der Polizeimaßnahme nicht anwesend gewesen war. Dementsprechend hatte sie ihre Informationen für das Protokoll nur vom Hörensagen erhalten, was selbst der Richterin Behr ungewöhnlich erschien.

Drei Patienten sagten an diesem Tag aus. Sie legten dar, warum sie den Hamburger Arzt aufgesucht hatten, obwohl sie teils viele hundert Kilometer entfernt wohnten. Sie beschrieben, wie sie trotz erheblicher Vorerkrankungen von ihren üblichen Ärzten mit ihrer Bitte auf eine Maskenbefreiung abgewiesen worden waren. Sie hätten Angst vor »Hausdurchsuchungen«. Da sie aus gesundheitlichen Gründen jedoch eine Maskenbefreiung brauchten, hätten sie sich an den bekannten Hamburger Arzt Weber gewannt, von dem sie wussten, dass er sich auch unter Druck »für die Gesundheit und das Wohl der Patienten« einsetzen würde, wie sie sagten. Am Mittwoch, den 19. Juni 2024, um 9.15 Uhr geht es am Landgericht Hamburg in die nächste Runde.



Die Demokratiebewegung am 7. Juni 2024 in Bielefeld. Ohne Unterlass demonstrieren die deutschen Demokraten für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung. Foto: Querdenken-Herford/DW



SPAHN VERSUS LENZ

Der Lügner und schwerster Menschheitsverbrechen verdächtigte Immobilienhändler, Lebemann und frühere Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) will den großen Journalisten, Verleger und Bürgerrechtler Anselm Lenz (parteilos) vor Gericht treffen. Am 11. Juli 2024, 13 Uhr am Landgericht Berlin I, Turmstraße 91, 10559 Berlin, Saal 3/729 soll die Richterin Dr. Farivar Meemar die Hauptverhandlung leiten. Erwartet worden war, dass Spahn nach dem öffentlichen und internationalen Skandal um die RKI-Protokolle, die die Lügen des CDU-Politikers nochmals zweifelsfrei nachwiesen (DW berichtete), Spahn eher nicht mehr gegen den Journalisten Lenz ins Hauptverfahren gehen würde. Spahn wird im Laufe des Verfahrens von der Verteidigung vorgeladen werden. Die Verteidigung erklärte bereits, dass sie in alle nationalen und internationalen Instanzen gehen werde. (mim) Foto: DW-Bildschirmfoto



COLETTE BORNKAMM-RINK ZIEHT IN STADTRAT EIN

Sie hat es tatsächlich geschafft: Colette Bornkamm-Rink (Foto), die durch ihre sensationellen Reden bei den Montagsdemos in Aschersleben und Umgebung auch über die Landesgrenzen hinaus bekannt wurde (DW berichtete mehrfach, zuletzt in Ausgabe 175), ist für die Bürgerliche Allianz für Aschersleben (BAFA) in den Stadtrat von Aschersleben gewählt worden. »Ihr seid nun alle Stadträte«, freute sich die »Friedenshetzerin« einen Tag nach der Wahl am Rednerpult im Kreis ihrer »Montagsfamilie«. »Der Wind dreht sich, er hat sich schon gedreht. Das zeigt: Der Widerstand gegen die aktuelle Politik ist wichtig und lohnt sich.« Der Erfolg von Colette Bornkamm-Rink und der BAFA ist umso bemerkenswerter, weil Grüne & Co bis zuletzt mit üblen Mitteln gegen sie gearbeitet hatten. »Das war zu erwarten, aber auch etwas gruselig«, gestand sie gegenüber dem DW. Sie und ihre Mitstreiter ließen sich davon allerdings nicht beeindrucken. Gut so! Colette glücklich: »Die Montagsfamilie ist nun im Stadtrat. Das fühlt sich wahnsinnig schön an.« (kmü)



Dr. Walter Weber am 06. Juni 2024 im Hamburger Landgerichtssaal. Foto: vku/DW

AUFRUF EINES MUT-ARZTES

Von Dr. Walter Weber

»Seit dem 6. Mai 2024 läuft meine Hauptverhandlung beim Landgericht Hamburg, Große Strafkammer, Sievekingplatz 3 wegen Ausstellung »unrichtiger Gesundheitszeugnisse«. Weitere Prozesstage sind der 19.Juni 2024 und 25. Juni 2024 jeweils um 9.15 Uhr. Der Sitzungssaal wechselt und muss jeweils erfragt werden.

Bei den Terminen schien die Richterin Frau Dr. Behr sehr erstaunt zu hören, dass selbst langjährige Patienten mit zum Teil bekannten schweren Erkrankungen von ihren Ärzten »abgewimmelt« wurden bei dem Wunsch nach einem Masken-Befreiungs-Attest, zum Teil ohne Anhörung, zum Teil mit der sinngemäßen Bemerkung »ich möchte keine Hausdurchsuchung haben!«

Darum mein Wunsch, dass alle Ärzte, Heilpraktiker, sonstige in Pflegeberufen tätige Menschen und Patienten, die in den letzten Jahren eine Hausdurchsuchung hatten beziehungsweise Maskenatteste ausgestellt haben, sich melden bei bzw. schreiben an:

walterw@drwalterweber.de

Bitte schildern:
– wie viele Hausdurchsuchungen
– Anlass
– Ablauf (freundlich, unfreundlich, ruppig, angemeldet, unangemeldet, Uhrzeit, Beschlagnahme, etc.)
– Sonstiges
Bitte noch die Tel. und Adresse angeben.

Kann das veröffentlicht werden?
– mit Namen?
– ohne Namen?
anonymisiert?

Wir sammeln die Infos aktuell und werten es in den kommenden Wochen aus.

Ich glaube, die Richterschaft in Deutschland hat keine oder wenig Ahnung, was in den letzten Jahren beim Umgang des Staates im Rahmen der sogenannten Coronamaßnahmen insbesondere bei den Ärzten, den medizinischen Berufen und natürlich auch den Patienten abgelaufen ist.

Es wird Zeit, diese Information zu erheben und an die Richterschaft als eigenständige Gewalt unserer Demokratie weiterzugeben. Nach unserer Information haben (fast?) alle Ärzte, die Maskenatteste ausgestellt haben, »Besuch« bekommen. Viele stehen jetzt vor Gericht trotz der Erkenntnisse der jetzt entschwärzten RKI-Protokolle.

Viele Grüße
Dr. med. Walter Weber«

Der DW reicht an dieser Stelle den Aufruf von Dr. Walter Weber an die interessierte Leserschaft, die allgemeine Öffentlichkeit und die Ärzteschaft weiter. Seit dem März 2020 operieren Bundesregierung und Konzerne systematisch gegen den Hippokratischen Eid und den Nürnberger Kodex. Mit diesem Aufruf, erschienen am 10. Juni 2024, dokumentiert DW weiters dieses Kapitel politischer Verfolgung in Deutschland für die Nachwelt.

Hessischer Verfassungspatriot

DW trifft Wolfgang aus dem Hause Burkard zufällig nach der Dresdener Demonstration am 8. Juni 2024.

DW: Herr Burkard, wie fällt Ihr Resümee von dieser Demonstration in Dresden am Vortag zur EU-Wahl aus?
Burkard: Mein Resümee ist ein ein ziemlich positives! Wir haben wieder Gesicht gezeigt für den Frieden, für die Freiheit, für die Souveränität, die Selbstbestimmung. Auch für die Aufarbeitung der Corona-Verbrechen und des gesamten gigantischen Unrechts, das zur Zeit hier in unserem Land vor sich geht.

DW: Sie sind Widerständler und wurden am 6. Mai Opfer einer überfallsartigen Hausdurchsuchung. Wie lief die ab?
Burkard: Ich würde nicht sagen, dass ich Widerständler bin, sondern eher aktiver Bürgerrechtler auf der Straße. Ich bin Opfer des neuen Demokratieförderungsgesetzes geworden – was es ja nicht ist, sondern Zensur und Einschüchterung – und zwar wegen eines angeblichen Vergehens nach Paragraph 130 Absatz 2 Ziffer 1c Strafgesetzbuch. Interessant an diesem Beschluss vom Amtsgericht Darmstadt ist, dass demnach meine Staatsangehörigkeit nicht bekannt sein soll,obwohl ich in Berlin-Tempelhof geboren bin, hier aufgewachsen bin, sogar mal Soldat der BRD war, hier lebe und arbeite. Dass meine Staatsangehörigkeit nicht bekannt sei, steht hier Schwarz auf Weiß.

DW: Das ist merkwürdig. Doch zunächst zum Vorfall!
Burkard: Viertel nach sieben am Morgen, 6. Mai 2024. Eine Truppe von circa 25 Mann kommt bei mir am Haus an. Acht Fahrzeuge habe ich gezählt, drei Truppentransporter, drei Zivilfahrzeuge, einen Streifenwagen und der Wagen der Ortspolizei aus Lorsch, Südhessen. Die haben geläutet. Ich habe durch die Tür gefragt, wer da sei. Dann wurde mir durch die Tür geantwortet, sie seien aus Versehen ans Auto gefahren und wollten sich beim Halter melden. Ich antwortete, dass ich denjenigen holte, den das betreffe. Das war mein Glück. Denn ich ging von der Tür weg und mein Kollege ging hinaus zu den Wagen. Dann ging das Geschrei schon los mit »Polizei, sofort auf den Boden legen«.

DW: Wie ging es weiter?
Burkard: Ich bin dann aufs Dach geflüchtet, um den Zugriff auf mich zu verweigern. Vier Sekunden später hätte mich mein Verfolger am Fuß gehabt. Auf den Dachfirst kamen sie nicht. Die ganze Aktion ging zwei, zweieinhalb Stunden. Ich habe dann meinen Kollegen gesprochen, der zu den Autos mitgegangen war. Wir waren vorsichtig. Beim letzten Mal hatten sich Beamte noch



»Ich habe nunmal die Trommel als Kundgebungsmittel!« Am 6. Mai wurde Wolfgang a.d.H. Burkard von etwa 25 Inlandsmilizionären heimgesucht – zum dritten Mal in diesen Jahren. Burkard ist in der Demokratiebewegung bekannt als der »Trommler vom Dach«, dem im Zuge von Demonstrationen immer wieder die Trommel weggenommen worden war. Burkard ist 35 Jahre und von Beruf Industriemeister für Holzverarbeitung – »mit Einserabschluss«, wie er im Gespräch mit DW betont. Er arbeitet heute unter anderem an sogenannten Wildbienenhotels und Faraday'schen Käfigen. Früher trug er Frack zu Demonstrationen, sein in Dresden aufgetragenes Gewand soll für »den Hambacher Geist« der demokratischen Revolutionäre von 1832 stehen, »wo sich alle in weiß versammelten, um Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit zu erkämpfen«. Foto: DW/Lenz

im Haus versteckt gehalten, abgewartet, dass sie zugreifen können. Diesmal nicht. Wir stellten fest: Mir wurden alle Kommunikationsmittel entwendet.

DW: Was wird Ihnen vorgeworfen?
Burkard: Es ging nur um einen Beitrag zu Telegram. Ich hatte unter einem Video gefragt, ob mir das jemand übersetzen kann. Das Video war auf Polnisch, es ging um Flugzeuge, die irgendetwas vom Himmel versprühen. Hätte ich gewusst, was dort gesagt wird, hätte ich das Video wahrscheinlich selber nicht gepostet. Wo liegt die Verhältnismäßigkeit mir gegenüber? Die haben die Leute in Angst getrieben, manipuliert, mit dem Nürnberger Kodex gebrochen, getötet. Das polnische Video hat niemanden umgebracht, niemanden sterilisiert. Mein vermeintliches Vergehen steht in keinem Verhältnis zu den schwersten Schäden – körperlich, seelisch, wirtschaftlich – die die Verantwortlichen angerichtet haben.

DW: Wie geht es Ihnen jetzt?
Burkard: Das ist mittlerweile die dritte Hausdurchsuchung, die ich erleben muss. Und nur weil ich beschreibe, was hier los ist: Menschenrechts-, Völkerrechts- und Kriegsverbrechen. Ich berufe mich immer auf unsere Hessische Landesverfassung, das ist eine der stärksten Verfassungen, die es in der BRD gibt. Da unser Grundgesetz ja seinen Geltungsbereich 1990 verloren hat, treten die Länderverfassungen eigentlich in den Vordergrund. Ich beziehe mich auf den Zweiten Hauptteil, Kapitel römisch zwei der Hessischen Landesverfassung und den dortigen Artikel 68: »Niemand darf zur Rechenschaft gezogen werden, wenn er auf Tatsachen hinweist, die sich als eine Verletzung völkerrechtlicher Pflichten darstellen.«

DW: Konkreter?
Burkard: Auch der WHO-Pandemievertrag und die Kriegsvorbereitungen könnten mit der Hessischen Verfassung blockiert werden. Artikel 69: »Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.« Nehmen wir mal Pistorius (Bundesverteidigungsminister, SPD; red.): Allein die ›Kriegstüchtigkeit‹ auszurufen, nicht die Verteidigungsfähigkeit, ist demnach eine verfassungsfeindliche Handlung. Artikel 146, Absatz 1: »Es ist Pflicht eines jeden, für den Bestand der Verfassung mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften einzutreten.«. Ich denke, das machen wir. »Widerstand ist Recht und Pflicht«, steht in unserer Landesverfassung weiter. Die ganze Corona-Nummer war verfassungswidrig, wir hatten nicht nur das Recht, sondern die ›Pflicht‹, uns dem entgegenzustellen. Artikel 150: »Trotzdem verkündete Gesetze sind nicht zu befolgen.«

DW: Wie geht es weiter?
Burkard: Es gibt nur die Flucht nach vorn. Die Menschheit befindet sich in einem hochtechnologischen Krieg gegen sich selbst. Die Agenda 2030 hat ja mehrere Bestandteile, darunter massive Entvölkerung und Kriegführung gegen uns selbst. Wir haben nur noch diese eine Chance, das ist die Flucht nach vorne, selbstlos. Es wird alles nur noch schlimmer, wenn wir uns diesem Wahnsinn nicht entgegenstellen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Friedlich, bestimmt, aber laut – und beruft Euch auf die Landesverfassungen, die sind oftmals stärker zum Schutze der Menschen ausgelegt, als das Grundgesetz selbst. Was wir in Zukunft brauchen, ist ein Verfassungspatriotismus für alle, die hier sind und die allen Menschen zu Gute kommt.

DW: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch!

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

BLEIBT HÄNGEN, BLEIBT IM KOPF

In der Fußgängerzone bin ich vorgestern über Eure Zeitung gestolpert, fast zumindest. »Wer lässt hier immer seinen Mist rumfliegen«, dachte ich mir zunächst, als mir was am Stiefel klebte und einfach nicht locker ließ. Auf den zweiten Blick fiel mir auf, dass es sich um die Zeitung handelt, die mir im August 2020 ein freundlicher Mann mit Bollerwagen in Berlin überreichte; auf der Demonstration von Querdenken. »Die gibt es immer noch?«, war somit mein zweiter Gedanke. »Der Hammer!«, der dritte. Das Abo ging dann gleich raus. Ich habe die Nachrichten in den vergangenen Jahren vornehmlich über das Internet verfolgt. Aus Gründen der »geistigen Hygiene« habe ich mich aber Anfang des Jahres dazu entschieden, hier kürzer zu treten. Das Internet ist Schrott. Welch Glück, dass sich mir der Widerstand nun in dieser luftigen Form anbot! Aufklärung getarnt als Müll. Grandiose Zeitung. Große Leistung. Weiter machen.
– Gernot B., Leipzig



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
instagram.com/demokratischerwiderstand
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

SKLAVE UKRAINE

Die westlichen Kapitalfraktionen teilen sich das Ostland auf | Von Hendrik Sodenkamp



Demokraten mit Klarsicht: Die Ukraine den Ukrainern, Russland den Russen, Nato-Krieger aus Ramstein nach Hause remigrieren. Das sind Kernforderungen der Demokratiebewegung. Foto: Georgi Belickin/DW

Es ist Dienstag, der 28. Mai 2024, zwei Wochen vor der sogenannten Wiederaufbaukonferenz in Berlin, als Penny Pritzker das Podium der US-amerikanischen Lobbyorganisation Rat für auswärtige Beziehungen (engl. Council on Foreign Relations) betritt.

Penny Pritzker ist 65 Jahre alt, Erbin, Unternehmerin und Multimilliardärin und seit September 2023 die »Sonderbeauftragte für die wirtschaftliche Erholung der Ukraine« der US-Regierung. Sie will den anwesenden Unternehmern, Bankern und Philanthropen schmackhaft machen, welche »Chancen« im Ukrainemarkt stecken. Es geht um Milliardengewinne für die Anwesenden.

Klar, so Pritzker, auf den ersten Blick sehe die Situation auf dem Kriegsschauplatz schlecht aus. Doch nun, da die USA ihre Waffenlieferungen wieder aufgenommen haben, ändere sich die Situation. »In den 31 Tagen seit der Unterzeichnung des Gesetzes durch Präsident Biden haben die Vereinigten Staaten die Zone mit Waffen und Ausrüstung geflutet (orig. flooded) – darunter Munition im Wert von über 1,4 Milliarden Dollar, Luftabwehrsysteme, Munition, gepanzerte Fahrzeuge, Kleinwaffen und andere Ausrüstung«, so Pritzker begeistert. Um Gedanken an etwaige Kriegsmüdigkeit der Ukraine zu zerstreuen, fügt sie hinzu: »Die Ukraine verschwendet keine Zeit, um diese Welle der Unterstützung in die Tat umzusetzen. Das schwierige, aber notwendige neue Wehrpflichtgesetz, das gerade in Kraft getreten ist, wird dazu beitragen, dass das Land über die notwendigen Truppen verfügt, um sich zu verteidigen.«

Im Zusammenhang mit diesem »schwierigen, aber notwendigen« Wehrpflichtgesetz wird das deutsche Medium t-online am 12. Juni 2024 melden: »Ukrainischer Grenzschutz hindert 20 Männer an der Flucht ins Ausland. Zudem fanden Grenzschützer im Gebiet Transkarpatien einen ertrunkenen Mann im Grenzfluss Tyssa (Theiß) an der ungarischen Grenze. Es war offiziellen Angaben zufolge der 35. im Fluss (Theiß) Ertrunkene auf ukrainischer Seite seit Kriegsbeginn.«

Der ukrainische Staat halte durch, so Pritzker weiter. Und die Wirtschaft der Ukraine wachse. Die Zahl der Rüstungskonzerne, die Drohnen herstelle, sei von neun auf 200 angestiegen. Die »Cyper und Roboter-Expertise ist explodiert«, so Pritzker und auch sonst steige die ukrainische Wirtschaftskraft. Aber man sei nicht naiv, so die Milliardärin, »wir müssen uns darüber im Klaren sein, was nötig ist, damit das Land nicht nur den Krieg gewinnt, sondern sich auch für die Zukunft rüstet.«

WIE MAN EIN LAND IN BESITZ NIMMT

Es sind fünf Punkte, die Pritzer hier am 28. Mai 2024 in Washington vor den Milliardären, Finanzgurus und Konzernchefs des Rats für auswärtige Beziehungen vorstellt, die zwei Wochen später exakt die Ergebnisse der Berliner Konferenz Anfang dieser Woche darstellen werden:

»I. Luftverteidigungssysteme, die zum Schutz der Grenze und der großen Bevölkerungszentren erforderlich sind;
II. eine Kultur, die die Rechtsstaatlichkeit fördert und Korruption ablehnt;
III. eine Regierung, die in der Lage ist, tragfähige Investitionsprojekte zu definieren und eine kohärente, ministerienübergreifende Planung zu gewährleisten;
IV. ein globaler Markt, der Instrumente für das Risikomanagement bietet, welche Investitionsentscheidungen erleichtern;
V. und schließlich ausreichend Kapital, insbesondere die Nutzung russischer Staatsgelder zur Finanzierung dieser Vision.«

Dies ist der Fahrplan zur Aufteilung der Ukraine unter den Konzernen, zur Sicherstellung und Maximierung der Gewinne und zum Experimentieren mit neuen Formen von Beherrschung von uns Menschen.

I. LUFTVERTEIDIGUNG

Statt auf Friedensverhandlungen zu drängen, schlägt Pritzker vor, dass sich unter dem Schutzdom der Flakgeschütze Firmen ansiedeln, während einige Kilometer weiter der Krieg anhält: »Ein Blick auf Kiew jetzt genügt, um zu sehen, was die Zukunft bringen kann«, so Pritzker. Militärs und private Sicherheitsfirmen würden zusätzlich für strikte Ordnung auf den Straßen sorgen. »Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung, um Investitionen in großem Umfang anzuziehen.«

Es ist ein großes Angebot, das Pritzker hier am 28. Mai 2024 vor den Unternehmenschef macht, denn die US-Regierung und ihre europäischen Juniorpartner werden diese »Sicherheit« finanzieren. Die Produktion kann also angekurbelt werden, die Absätze sprudeln. Da will auch die deutsche Kriegsindustrie nicht hinten anstehen. Am 12. Juni 2024 kann man in der Zeitung lesen: »Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall verstärkt sein Engagement in der Ukraine. Gemeinsam mit dem ukrainischen Staat hat das Unternehmen einen ersten Panzer-Reparaturbetrieb und eine Produktionsstätte eröffnet.« Außerdem unterzeichnen der Konzern und die ukrainische Regierung am 12. Juni 2024 eine Vereinbarung, um »weitere Bereiche für eine vertiefte Kooperation zwischen der ukrainischen Verteidigungsindustrie und dem Düsseldorfer Technologiekonzern (sic!) zu identifizieren und zu entwickeln«, wie es in einer gemeinsamen Pressemitteilung heißt. »Lassen Sie uns gemeinsam das Arsenal der freien Welt aufbauen«, droht Oleksandr Kamyschin, Minister für strategische Industrien der Ukraine an der gleichen Stelle. »Gemeinsam« heißt an dieser Stelle, finanziert durch deutsche Steuergelder.

II. KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Die Zahlung von Geldern soll an Bedingungen geknüpft werden. Das macht die US-Regierungsbeauftragte Pritzker klar. Und die Bedingungen bestimmen die herrschenden Kapitalfraktionen im westlichen Machtblock. Wieder einmal sind es große Worte, die im Rat für auswärtige Beziehungen verwendet werden, um Einfallstore der Investoren und der Einflussnahme zu markieren. Korruptionsbekämpfung! »Das bedeutet eine Presse, die frei von politischem Einfluss oder Druck ist«, also Marktanteile und Profite für befreundete Medienmogule. »Das bedeutet digitale Zoll- und andere Steuererhebungssysteme«, also Zugriff für die Datensammler der Digital-und Kontrollindustrie.

Digitalisierung unterm Bombenschirm: Die Ukraine soll ein »europäisches Israel« werden, so Mykhailo Fedorov, ukrainischer Minister für Digitalisierung bereits im Juli 2022. »Staat und Big-Tech sollen aufs Engste verzahnt werden«. Der junge Minister führte 2020 die Regierungs-App »Diia« ein, über die ein Großteil der Behördenkontakte »transparent« für Regierung und Digitalkonzerne ablaufen. »Dank App müssen Ukrainer nicht aus dem Haus«, heißt es nun euphorisch in Bezug auf den Krieg wie vorher in Bezug auf Corona. Digitalisierung gegen Korruption.

Die Ukraine wird zum Spielfeld für Digitalkonzerne, die unter den Umständen des Krieges freie Hand bekommen. In der ukrainischen Initiative Digital4Freedom organisieren sich sympathische Unternehmen wie Microsoft, Rakuten, Apple, Amazon, Google, IBM, Palantir, Mastercard und Visa für »freedom and democracy«. Hier in der Ukraine kann entwickelt und erprobt werden, wie digitalisierte Herrschaft auch in Trümmern aufrecht erhalten werden kann. Und das Ganze mit Rückhalt der Öffentlichkeit und der Bevölkerung in den Nato-Staaten, denn wer will schon »Korruption« finanzieren.

III. KOORDINATION

»Während wir die Ukraine dabei unterstützen, ihre Verteidigung zu stärken und die Reformen zu vertiefen, müssen wir (also US-Regierung und Konzerne) ihr helfen, Prioritäten zu setzen und Projekte für Investitionen und Wiederaufbau vorzubereiten«, so Pritzker in Washington. Welchen Umfang diese »Projekte« haben, macht sie bereits im nächsten Satz klar: »Die Schätzungen der Weltbank für den Wiederaufbau der Ukraine belaufen sich auf rund 500 Milliarden Dollar.« Große Summen die noch dazu schnell fließen werden, denn: »Noch nie in der Geschichte war der Bedarf so groß.« Und »um dies erfolgreich und effizient zu bewerkstelligen, ist die Koordinierung (!) von entscheidender Bedeutung.« Es gelte einen »Mechanismus« einzuführen. »Dieser Mechanismus muss mehrere Dinge auf einmal sein: Er muss von den Ukrainern geleitet (zumindest muss es so aussehen), von der Gemeinschaft (der Konzerne) vorangetrieben und auf nationaler Ebene (von Penny Pritzker und Freunden) koordiniert werden.«

Sollte die Führung der Ukraine hier nicht spuren, werde es eben schwierig mit der EU-Mitgliedschaft, meint Pritzker. Mit diesem Hebel, also Erpressung, werde es einfach werden, die Wirtschaft des Landes zu übernehmen. Womit sie weitere Wirtschaftszweige anspricht, in die in der Ukraine »investiert« werden kann, um das zweitgrößte Land Europas in Beschlag zu nehmen:

»Entscheidend für die Verwirklichung der zukunftsorientierten Wirtschaft der Ukraine und ihres Traums (!) von der EU-Mitgliedschaft ist die Entwicklung der gesamten (!) Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur des Landes.

- Dezentralisierte Energieerzeugung und -speicherung unter Nutzung von Gas, Kernkraft und erneuerbaren Energien;
- Schienen-, Straßen-, Hafen-, Schiffs- und Luftverkehr;
- sowie digitale und IKT-Kommunikationssysteme, die alle nahtlos mit der EU, dem Binnenmarkt und der Weltwirtschaft verbunden sind,

Fortsetzung auf Seite 10

WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

BROT UND SPIELE

Das Ergebnis der Europawahlen war nicht wirklich die verdiente Klatsche, aber immerhin ein erster guter Anfang. Zumindest das ideologisierte grün-linke Lager wurde dahin verwiesen, wo es hingehört: in die kommende Bedeutungslosigkeit, Fortsetzung folgt. Unverständlich bleibt dagegen der große Zuspruch zur CDU. Anscheinend will der deutsche Mittelstand endlich mal wieder gegen die Russen in den Krieg ziehen.

Zunächst aber widmet man sich dem Fußball, des Deutschen liebstes Kind. Gepaart mit Pizza und Bier lässt sich der politische Wahnsinn vor der Glotze gut verdrängen, und das ist auch gewollt so. Brot und Spiele – das funktioniert, hat immer funktioniert. Nein, es gibt auch hier nichts zu beschönigen: Es geht nur ums Geld. Das Millionengeschäft der UEFA dient ausschließlich jenen, die auch an anderen Stellen ihre finanziellen Strippen ziehen. Es ist ein Teil der Agenda.

Währenddessen wird auf der ganzen Welt weitergemordet und jene aus dem Weg geräumt, die nicht in das von den westlichen Werten geprägte Denkmodell passen. Beispiele gibt es genug, aber anstatt die EM zu boykottieren, wird weggeschaut und weiter den Narrativen gedient. Die Wahrheit ist unbequem, wer sie ausspricht, findet sich unmittelbar im rechten Lager wieder. Politiker wie Lars Klingbeil sprechen in Talkshows aus, was der Deutsche denken soll. Hierbei gibt es keine Grenzen mehr, es ist widerlich und pervertiert, der Abgrund tief. Es wird Zeit, dass sie fallen – tief und endgültig, denn sie haben ausgedient.

Und einstweilen rutscht die deutsche Pleitewirtschaft immer weiter auf die letzten Plätze – beschönigt von den Medien, vertuscht von der Politik, unterstützt von den Profiteuren. Schlusslicht in der EU in vielerlei Hinsicht, und weiterhin ist kein Ende in Sicht, das wird auch die mit Hoffnung überschüttete CDU nicht ändern. CDU und Mittelstand – das war einmal. Friedrich Merz ist nicht besser, nur anders. Wer Deutschland in den Krieg schicken will, hat in Berlin keinen Platz, sondern gehört an die Front.

Lichtblicke sind die zarten Pflänzchen, die mittlerweile überall entstehen. Neue Ideen des Wirtschaftens, basierend auf guten Werten des gemeinsamen Miteinanders. Heilung von innen, Schritt für Schritt. Was immer hilft, ist mit hochgekrempelten Ärmeln gegen den Strom zu schwimmen.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9

erfordern die von mir beschriebenen Koordinierungsbemühungen. Ohne einen ministerienübergreifenden Mechanismus zur Koordinierung der Planung, des *Engineerings*, der Ressourcenverwaltung und der Finanzierung dieser grundlegenden Investitionen, wird es der Ukraine nicht möglich sein, ihre im Ukraine-Plan und anderswo skizzierte Vorstellungen zu verwirklichen.«

Im Klartext: Die gesamte Infrastruktur der Ukraine wird von westlichen Konzernen betrieben werden.

IV. VERSICHERUNG

Der gesamte Beutefeldzug soll von den Staaten abgesichert sein, denn Wirtschaften im Krieg, wird trotz des Bombendoms keine ganz so sichere Sache sein. Dabei stellen sich die Nato-Regierungen mit ihren Steuerzahlern als Geldquelle für die Großkonzerne zur Verfügung. Sollte eine Fabrik zerstört werden, wird der Verlust der Konzerne vom Staat minimiert. Das ist also die Vorstellung von Marktwirtschaft, unternehmerischer Verantwortung und Risiko.

»Die U.S. Development Finance Corporation (DFC) ist aktiv und erweitert ihr Versicherungsportfolio für politische Risiken in der Ukraine«, so Penny Pritzker. »Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ist federführend bei der Entwicklung einer Absicherung zur Deckung kriegsbedingter Risiken.« – Der Vollständigkeit halber: Die Staaten bürgen mit Versicherungen aus unseren Steuergeldern für Konzernschäden in der Ukraine. Gewinne streichen die Konzerne aber für sich ein.

Aber auch sonst winken für die Versicherungskonzerne große Profite: »Es muss mehr getan werden«, so Pritzker vor den Finanzbossen. »Der ukrainische Markt für Versicherungsprämien ist derzeit nur drei Prozent so groß wie der von Polen.« Hier gibt es also noch unerschlossene Märkte. Worauf also noch warten? Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) gab am 12. Juni 2024 dann stolz bekannt: »Deutschland ist ein Vorreiter bei der Übernahme von wirtschaftlichen und politischen Risiken für deutsche Exporteure und Investoren in der Ukraine.« – Bravo!

V. FINANZIERUNG

Wie in jedem *Business*-Plan muss das Ganze auch mit Geld hinterlegt sein. Denn Bombenschirm, die Subventionen, die Versicherung, all das soll laut Plänen der US-Sonderbeauftragten und der EU mit Mitteln aus festgefrorenen russischen Konten erfolgen. Weil das bisher festgesetzte russische Geld für dieses wahnhafte *Nation-building* anscheinend noch nicht reicht, diktierte US-Präsident Joe Biden am 13. Juni 2024 weitere »Strafmaßnahmen« gegen mehr als 300 und Personen und Einrichtungen, die »Russland die Fortsetzung des Krieges ermöglichen«. Darunter auch chinesische Firmen.

WAS IHR MIT UNSEREN HÄNDEN AUFGEBAUT HABT, GEHÖRT ...

Um den Konzernen die Ukraine schmackhaft zu machen, berichtete Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Eröffnungsrede der Berliner Annexionskonferenz am 11. Juni 2904 von dem vorzüglichen Humanmaterial, das es in der Ukraine gebe. Nach der Zerstörung einer Eisenbahnwaggon-Fabrik in



Hände weg von der Ukraine! Penny Pritzker, die US-Sonderbeauftragte für die wirtschaftliche Erschließung der Ukraine. Sie stammt aus einer der großen Eigentümerfamilien der USA. Ihr Clan stammt laut ihren Angaben aus dem ukrainischen Ort Pritzky bei Kiew, von dem aus sie vor 140 Jahren in die USA auswanderten. Den Ortsnamen nahmen sie als Familiennamen an. Das Vorgehen der Familie Pritzker bildete die Vorlage für die Familie Corleone im Filmklassiker Der Pate. Foto: US-Regierung/Commons

Kiew hätten die Arbeiter dort einfach weiter gearbeitet und zwar »in halb zerstörten Hallen, ohne Heizung im Winter und mit notdürftig repariertem Dach.« Brav, so will man das als Konzernchef sehen.

Penny Pritzker ging in ihrer Präsentation der Konzernmöglichkeiten noch einen transhumanistischen Schritt weiter. Da soll es hingehen im *Nation*- und *Menschen*-Building. Das ist eine Geschichte, die US-Konzernchefs inspiriert: »Zum Schluss möchte ich noch die Geschichte von Esper Bionics erzählen, dem Hersteller von Prothesen, den ich Anfang des Monats in Kiew besuchte. Es geht um einen ukrainischen Soldaten namens Valera Kucherenko, der die Hilfe von Esper in Anspruch nahm, nachdem er im Oktober letzten Jahres bei einem Granatenangriff beide Hände verloren hatte. Sie gaben ihm zwei bionische Hände. Valera sagte, er sei froh, dass die Prothesen so angefertigt wurden, dass er in die Armee zurückkehren und weiter für sein Land kämpfen konnte. Wenn Ukrainer ihre Hände verlieren, bauen sie sich neue und kehren zurück, um zu kämpfen. Und genau das geschieht in diesem Moment im ganzen Land, in der gesamten Wirtschaft. Es ist einfach unglaublich. Das habe ich persönlich immer wieder erlebt. Wenn wir also sagen, dass die Ukraine mit unserer Hilfe gewinnen kann und wird, dann denke ich an Valera. Das Land ist buchstäblich voll von Valeras – sie gehen nicht an die Öffentlichkeit, sondern setzen jedes Quäntchen ihrer Entschlossenheit und ihres Einfallsreichtums ein, um zu kämpfen und zu gewinnen. Und wir müssen ihnen helfen.«

Kurz: »Wir« müssen ihnen helfen, sich beide Hände absprengen zu lassen, um dann an ihnen mit Produkten eines Biotech-Unternehmen (mit Filiale in der Berliner ... Invalidenstraße) herumexperimentieren zu können. Einem Unternehmen, das auf seiner Internetseite mit Human-Augmentation (dt. Mensch-Maschine) wirbt. Also der neuen Fähigkeit, sich erst beide Hände und dann auch noch beide Beine wegsprengen zu lassen für ein Land, was in diesem Moment von den »Partner« ausgeraubt wird. – »You will own nothing, noch nicht einmal Hände, and you will be happy!« Oder wie man in Nato-Kreisen ruft: Sklave Ukraine!

Die gesamte Rede von Penny Pritzker finden Sie sowohl auf den US-Regierungsseiten www.state.gov als auch auf den Seiten des Rats für auswärtige Beziehungen www.cfr.org.

MELDUNG

DEUTSCHLAND FINANZIERT GEFÄLSCHTE KLIMAPROJEKTE

Berlin/DW. Das Umweltbundesamt hat übereinstimmenden Medienberichten vom 11. Juni 2024 zufolge Milliarden Euro verschleudert, die in gefälschte Klimaprojekte investiert wurden. Dutzende von Deutschland finanzierte Projekte zur CO2-Einsparung in China waren offenbar nur vorgetäuscht. Möglich war dies, weil die Kontrollen durch die deutschen Behörden ungenügend waren. In einem Fall sollen rund 80 Millionen Euro in einen verlassenen Hühnerstall in der chinesischen Uiguren-Provinz geflossen sein, wie das ZDF-Magazin Frontal berichtete. (kmü)

EU DROHT MIT STRAFZÖLLEN AUF CHINESISCHE E-AUTOS

Brüssel/Peking/DW. Weil die EU der Ansicht ist, dass E-Autos aus China von wettbewerbsverzerrenden Subventionen profitieren, droht sie der Volksrepublik nun mit deutlich höheren Strafzöllen auf Fahrzeuge aus ihrem Land, die bis zu 38,1 Prozent betragen sollen. Ob die Hersteller diese tatsächlich zahlen müssen, hängt nun davon ab, ob mit China eine andere Lösung gefunden werden kann. Dies berichtete u. a. die Tagesschau am 12. Juni 2024. Die Regierung in Peking zeigt sich »sehr besorgt und unzufrieden«. (kmü)

GERICHT LÄSST KLAGE GEGEN ÖRR ZU

Leipzig/DW. Grundsatzurteil in Sicht? Wie mehrere Medien am 6. Juni 2024 übereinstimmend berichteten, hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerG) eine Klage gegen die Zahlung des Rundfunkbeitrages mit dem Argument der Auftragsverfehlung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) zugelassen. Demnach prüft das Gericht, ob es rechtmäßig ist, die Zahlung der Rundfunkgebühren zu verweigern, wenn der ÖRR seine Pflicht hinsichtlich Programmvielfalt und -ausgewogenheit verfehlt. Eine Bürgerin aus Rosenheim hatte zuvor geklagt, weil sie der Auffassung ist, dass ARD und ZDF ihrem Auftrag nicht nachkommen und sie deshalb nicht weiter die Zwangsgebühren bezahlen wolle. Das BVerG hat nun die Revision zugelassen, nachdem die Frau vor dem Münchner Verwaltungsgericht in erster Instanz und vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) in zweiter Instand verloren und der BayVGH keine Revision zugelassen hatte. (kmü)

DEUTSCHLAND ERLÄSST SCHULDEN

Berlin/DW. Zahlreiche Länder haben Deutschland gegenüber Schulden in Milliardenhöhe. Seit dem Jahr 2000 hat die BRD insgesamt 52 Staaten Schulden in Höhe von 15,8 Milliarden Euro erlassen, u. a dem Irak (4,7 Milliarden Euro), Nigeria (2,4) und Kamerun (1,4). Das geht aus einer Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Stephan Brandner hervor. (kmü)

NEUES VOM VÖLKERMORD

Weltweit wird gegen den Krieg gegen Palästina demonstriert. In Berlin griff das BRD-Regime am Samstag eine Großdemonstration an, nahm unter anderem Kinder fest.

Die Fußballeuropameisterschaft könnte die Wahrheit über das BRD-Regime in die ganze Welt hinaustragen. Seit über vier Jahren schänden pervers-kriminelle Berufspolitiker von CDU bis Linkspartei und ihre willigen Vollstrecker Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland. Kommt der Partisanenkampf?



Krieg gegen Volk und Bevölkerung auch bei den Palästina-Demonstrationen: Berliner Prügeltruppen mit Polizeiaufdruck gegen Frauen und Kinder am zurückliegenden Samstag. Schon bei den »Hygienedemonstrationen« ab März 2020 hatte Polizeipräsidentin Barbara Slowik (SPD) eine Strategie des Terrors eingesetzt: Frauen, Kinder, Rechtsanwälte, Ärzte und Journalisten wurden systematisch zuerst angegriffen, herausgezogen und in vielen Fällen gefoltert. Foto: RT Deutsch

Die viel beklagte Geopolitik wird mehr und mehr selbst und also solche zum Problem: Alles soll hinein in die Aufteilung der Welt, insbesondere nach dem Willen des wankenden Empires von Washington und London. Auch in Irland, gemeinsam mit Österreich und Malta die letzten neutralen EU-Staaten, soll die militärische und politische Neutralität geopfert werden. Laut Meldungen vom Donnerstag soll die stolze Republik mit einer »EU-Militärinitiative zum Schutz kritischer Infrastrukturen auf dem Meeresboden vor Sabotage, Terrorismus und Spionage« in den perversen US-UK-EU-Sumpf hinabgezogen werden – wieder mal ein »Vorschlag« von Westen her, den man nicht ablehnen darf?

PALÄSTINENSISCHE FAHNEN

Experten für den Nahostkonflikt und Aktivisten wie die nicht wiedergewählte irische EU-Angeordnete Clare Daly, der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis sowie DW-Ehrenherausgeber Roger Waters beziehen rigoros Stellung für Palästina. Auch alle internationalen Gerichte verurteilen nach und nach das Vorgehen Tel Avivs. Viele Länder schlossen ihre Botschaften in Israel, schlossen die Botschaften Israels im eigenen Land und wiesen die Botschafter Israels aus – oder brachen die diplomatischen, militärischen teils auch die Handelsbeziehungen ab. Darunter finden sich Länder wie Spanien, Irland und Norwegen, die ihren demonstrativen Teilabbruch diplomatischer Beziehungen mit Israel in einer gemeinsamen Pressekonferenz vortrugen. Das BRD-Regime steht indes auch bei solcherlei Symbolpolitik unter dem Befehl der Besatzungsmächte, folgt also strikt der verordneten neuen »Straatsräson« – dem Krieg.

STOPP DEUTSCHER WAFFENLIEFERUNGEN

Seit dem 7. Oktober 2023, dem zutiefst erschreckenden mutmaßlichen Angriff palästinensischer Kämpfer durch und hinter israelischen Grenzen, führt Tel Aviv im Gaza-Streifen eine Art militärische Sonderoperation zur Geiselbefreiung und Landgewinnung durch, die es mit dem »Recht auf Selbstverteidigung« begründet. Gerichte und Experten bezeichnen das Vorgehen als gezielten und geplanten Völkermord (Genozid). Der Gaza-Streifen werde inklusive Gaza-Stadt in Schutt und Asche gelegt. Zivile »Ziele« wie Wohnanlagen, Krankenhäuser, Flüchtlingslager, Wasserversorgung und Kirchen scheinen von der israelischen Armee laut unterschiedlichster Quellen und Berichterstatter teils vorrangig angegriffen und dem Erdboden gleichgemacht zu werden.

Tausende propalästinensische Demonstranten sind am Samstag durch Berlin gezogen. Mehr als 20 Menschen wurden laut Meldungen festgenommen. Es kam zu straßenkampfartigen Massenauseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der berüchtigten Berliner Polizei, nachdem diese mindestens zwei Kinder festgenommen hatte, die die palästinensische Flagge geschwenkt hatten.Die Demonstranten forderten unter anderem einen Stopp deutscher Waffenlieferungen an Tel Aviv. Seit Monaten finden teils riesige Demonstrationen für Palästina in fast allen großen Städten der Welt statt, darunter auch in Berlin.

Zuletzt hatte Israel Millionen von Menschen in der Stadt Rafah aufgefordert, noch weiter zu fliehen, um sich hinter der ägyptischen Grenze in Sicherheit zu bringen. Zuvor waren sie aus Nordgaza vertrieben worden mit dem Versprechen, in Südgaza und Rafah nicht mehr bombardiert zu werden. Am Donnerstag gingen Bilder vom Bombardement der Stadt Dschenin im Westjordanland um die Welt. Der deutschen Regierung um Kanzler Olaf Scholz (SPD) zufolge, die strikt den Vorgaben der Besatzungsmähte folgt, sei das Vorgehen Tel Avivs noch so zivilisiert wie möglich – und vor allem gar nicht von Washington, Brüssel, internationalen Gerichten oder der weltweiten Meinung beeinflussbar.

Mindestens 36.479 Menschen sind in den aktuellen Angriffen auf Gaza seit September getötet worden, mindestens 82.777 im militärischen Sinne verletzt worden, so die Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums, auf das sich auch die israelische Armee stützte. Wegen Zerstörung und Zusammenbruchs des für die Zählung zuständigen Spitalsystems wird eine enorm viel höhere Dunkelziffer angenommen. Auf israelischer Seite wurden seit 7. Oktober 1.200 Todesopfer und 5.431 Verletzte gezählt. (Batseba N'Diaye)



Laut Angaben der Filmemacher: Zwei überlebende Kinder in Gaza-Stadt tauchen in einer Pfütze eines der vielen zerbombten Häuser. Bildmaterial wie dieses verbreitet sich massenhaft weltweit im Netz, wird aber von westlichen Medienkonzernen nicht gezeigt. Foto: Eye on Palestine



ZITAT DER WOCHE

Foto: Team Marcus Fuchs

»Seit dem 28. März 2020 gehen die Menschen in allen Regionen unseres Landes auf die Straße. Wir haben seitdem die größte Demokratiebewegung, die dieses Land je erlebt hat.«

Journalist und Verleger Hendrik Sodenkamp in seiner Dresdener Rede vor der Frauenkirche am 8. Juni 2024.

MELDUNG

NEUWAHLEN IN FRANKREICH

Paris/DW. Weil Renaissance, die Partei von Emmanuel Macron, und ihre Verbündeten bei der Europawahl mit nur 14,6 Prozent der Stimmen deutlich abgeschlagen hinter Marie Le Pens Rassemblement National (RN) landete, die auf 31,4 Prozent kam, kündigte der französische Präsident noch am Sonntag, 9. Juni 2024, die Auflösung der Nationalversammlung an. Am 30. Juni 2024 soll es Neuwahlen geben. »Ich kann nicht so tun, als sei nichts geschehen«, erklärte WEF-Puppe Macron. RN-Spitzenkandidat Joran Bardella, der im Falle des Wahlsiegs das Amt des Premierministers beansprucht, sprach von einer »vernichtenden Niederlage« Macrons. Die politischen Lager wollen sich nun zusammenschließen, um Wählerstimmen zu bündeln. (kmü)

BELGIENS MINISTERPRÄSIDENT TRITT ZURÜCK

Brüssel/DW. Aleander De Croo, Belgischer Ministerpräsident, hat bei den Parlamentswahlen in seinem Land am 9. Juni 2024 weniger als 7 Prozent der Stimmen erhalten, während die euroskeptische Neue Flämische Allianz auf 22 Prozent kam. »Morgen werde ich als Ministerpräsident zurücktreten«, kündigte De Croo am selben Abend an. Die einwanderungsfeindliche Partei Vlaams Belang erhielt 17,5 Prozent der Stimmen. In Belgien werden nun, wie euronews berichtet, komplexe Koalitionsverhandlungen erwartet, zumal das Land durch tiefe kulturelle Unterschiede gespalten sei. (kmü)

FPÖ SIEGT IN ÖSTERREICH

Wien/DW. Bei der Europawahl am 9. Juni 2024 kam die rechte FPÖ in Österreich auf 25,4 Prozent der Stimmen und siegte somit vor der ÖVP (24,5 Prozent) und der SPÖ (23,2 Prozent). Das Ergebnis sei für die FPÖ »historisch«, freute sich Parteichef Herbert Kickl. »Noch nie haben wir bei einer bundesweiten Wahl den ersten Platz erlangt.« Er sprach von einer Kehrtwende seines Landes: »Dieses Wahlergebnis bedeutet ganz viel Kraft, Hoffnung und Zuversicht für die Zukunft der Menschen in unserem Land.« Kickl will nun aus der Nationalratswahl am 29. September 2024 als »Volkskanzler« hervorgehen. (kmü)

+++ IN ALLER KÜRZE BERICHTET +++

+++ Ex-Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) fordert in einem Stern-Interview eine härtere Gangart gegenüber Russland und ist offen für deutsche Soldaten in der Ukraine. »Wir werden Russland niederringen müssen«, sagte er, »notfalls mithilfe der Bundeswehr«. Er wolle Putin »nicht versprechen, dass wir das nie tun werden«. +++ Joe Biden verbietet ukrainische Angriffe auf Russland mit US-Waffen. Dies berichtete die Welt am 7. Juni 2024 und bezog sich dabei auf ein Interview des US-Präsidenten. +++ (kmü)

STICHWORT DW-AKADEMIE
Anselm Lenz und der DW gründen eine Hochschule: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: akademie@demokratischerwiderstand.de oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen mit Anselm Lenz bezüglich dem Hochschul- und Stiftungsvorhaben direkt in Kontakt treten? Schreiben Sie zunächst an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de mit dem Betreff: »Lenz, wir bauen auf!«

Fortsetzung vom Titel

Von Wagenknecht hieß es am Dienstag: »Präsident Selenski trägt leider aktuell dazu bei, eine hochgefährliche Eskalationsspirale zu befördern und nimmt dabei das Risiko eines atomaren Konflikts mit verheerenden Konsequenzen für ganz Europa in Kauf. Daher sollte er mit Bundestag nicht mit einer Sonderveranstaltung gewürdigt werden.«

Auch die Sessel des BSW blieben leer. Die verbliebenen Berufspolitiker von CDU, CSU, SPD, Bündnisgrünen, FDP und Partei die Linke applaudierten hingegen dem auch in der Ukraine mittlerweile stark umstrittenen Wladimir Selenski und beschworen die »Kriegstüchtigkeit« der BRD (Boris Pistorius, SPD). Der US-Dollar ist klinisch tot, doch das Teile-und-Herrsche-Spiel des US-Imperiums, das Kontrolle über die Rohstoffe der Erde braucht, funktioniert ein weiteres Mal. Doch immer mehr Menschen in Deutschland und weltweit sind willens und in der Lage, sich gegen die Unterdrückung zu wehren. Wird es während der Fußballeuropameisterschaft zu Volksaufständen kommen?

Einem Dokument zufolge, das DW aus der Bayerischen Staatskanzlei zugespielt wurde, sucht der Freistaat bereits große »Pandemie-Zentrallager« mit ausgefeilten militärischen und zivilen Möglichkeiten für die nächste Fake-Pandemie. Aufklärungsjournalisten überprüfen derzeit die Echtheit der Ausschreibung mit dem Logo der staatlichen Immobilienfirma. »Der ukrainische Präsident Selenski hat heute im Bundestag gesprochen und die zentrale Botschaft seiner Rede war ›keine Kompromisse!‹. Der Krieg endet demnach entweder zu den Bedingungen der Ukraine und zwar vollständig, das bedeutet den kompletten Abzug der russischen Truppen auch einschließlich der von der Krim, oder er endet nicht. Wir halten das für unverantwortlich, weil Kriege nur beendet werden können, wenn es Kompromisse und auch Kompromissbereitschaft gibt. Deshalb haben wir gesagt, wir wollen nicht an einer Jubelveranstaltung für Präsident Selenski teilnehmen. Frau Strack-Zimmermann (Kriegslobbyistin der FDP) hat uns vorgeworfen, wir würden immer dafür werben, miteinander zu reden und seien nicht da, wo die Gelegenheit dazu wäre. Dazu kann nich nur sagen, wir hätten gern die Gelegenheit zu reden wahrgenommen, wenn es die Möglichkeit gegeben hätte, eine Debatte im Bundestag auch in Anwesenheit von Herrn Selenski, zu führen. Das heißt, wenn nach seiner Rede vorgesehen gewesen wäre, dass es eine Aussprache gibt. Das war aber nicht vorgesehen. Vorgesehen waren *Standing Ovations* für die Position Herrn Selenskis. Das wollen wir nicht mitmachen. Ich finde, das ist man auch den vielen Ukrainern schuldig, die sich Frieden wünschen, die sich sicherlich auch wünschen, dass hier mehr Kompromissbereitschaft existiert, weil einfach dieses schreckliche Sterben aufhören muss.«

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) schloss seine Ausführungen zum Tage mit dem ukrainischen Kriegsruf »Slawa Ukraini!« (Ruhm der Ukraine). Die Phrase des Kiewer Nationaldichters des 19. Jahrhunderts, Taras Schewtschenko, wäre grob zu vergleichen mit einem deutschen Schlachtruf wie etwa »für das Heilige Römische Reich!«. »Slawa Ukraini« löst jedenfalls eine tiefe Schwingung aus mit historischen, militärischen und ethnischen Anklängen, die von Blut und Boden künden und Ausländern eigentlich nicht zustehen, selbst wenn sie fanatische Anhänger des Landes sind. Es macht sie auch unter nationalistischen Ukrainern interessengeleiteter Heuchelei verdächtig. Einmal mehr versuchte Scholz also mehr seinem US-Präsidenten zu gefallen als, in diesem Fall, den Ukrainern, die am TV-Gerät dem deutschen Kanzler beim Händeschütteln mit Selenski zusahen sollen. Selenski trat wie gewohnt in senem olivgrünen Soldatenpullover auf.

NACH DER EUROPAWAHL: »HOFFNUNG KRIEG«

Für die Altparteien wird es eng. An der Wahlveranstaltung der EU-Organisation am Sonntag sollen laut offiziellen Angaben 51 Prozent der EU-weit Wahlberechtigten teilgenommen haben. Gewählt wurden lediglich die hochbezahlten und mit allerlei Gratifikationen und Assistenten ausgestatteten Parlamentarier, die wechselweise in Straßburg und Brüssel zusammenkommen, aber keine Gesetzgebungskompetenz haben. »Scheinparlament« nannte das Rudolph Bauer im DW-Wahlspezial der vergangenen Ausgabe noch wohlwollend (#DW176 vom 8. Juni 2024).

Es folgen die Angaben zur Wahlbeteiligung an der EU-Wahlveranstaltung im Einzelnen, aufgeschlüsselt nach den Nationen und echt gerundet auf ganze Zahlen laut EU-Parlament vom 12. Juni.

BELGIEN 90 PROZENT
DÄNEMARK 58 PROZENT
DEUTSCHLAND 65 PROZENT
IRLAND 50 PROZENT
FRANKREICH 52 PROZENT
ITALIEN 48 PROZENT
LUXEMBURG 82 PROZENT
NIEDERLANDE 46 PROZENT
GRIECHENLAND 41 PROZENT
SPANIEN 49 PROZENT
PORTUGAL 37 PROZENT
SCHWEDEN 50 PROZENT
ÖSTERREICH 56 PROZENT
FINNLAND 40 PROZENT
TSCHECHIEN 36 PROZENT
ESTLAND 37 PROZENT
ZYPERN 59 PROZENT
LETTLAND 28 PROZENT
LITAUEN 34 PROZENT
UNGARN 59 PROZENT
MALTA 73 PROZENT
POLEN 40 PROZENT
SLOWENIEN 41 PROZENT
SLOWAKEI 34 PROZENT
BULGARIEN 34 PROZENT
RUMÄNIEN 52 PROZENT
KROATIEN 21 PROZENT

Die teils auffällig schlechte Wahlbeteiligung dürfte nicht nur auf die ausschließlich symbolische Bedeutung des Scheinparlaments zurückzuführen sein. Die größte Partei in der EU-Zone ist jedenfalls in allen Ländern die Partei der Nichtwähler – und das trotz monatelangen totalen Einsatzes aller Medienkonzerne, Beschilderung, Plakatierung, TV-Werbung, Internet-Infiltration, umgestellter Algorithmen, Indoktrination in Schulen, Aufstellern in Behörden, Wahllokalen an jeder Ecke, Radio- und Lautsprecherdurchsagen.

Es ist wirklich Zeit für die abrupte, aber umfassende Abwicklung der alten Apparate und Zeit für unsere neue deutsche Republik! Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung ist seit 28. März 2020 in allen

Der Rinksruc

BERICHT und EINSCHÄTZUNGEN v



Sind sie die letzte Hoffn
Die Buchautorin und Politike
der Buchautor und Polit
Im Hintergrund der Mediziner,
Demonstrant der Demokratiebe
und mehrfache DW-Beiträg
der ein EU-Parlan
Collage: DW/F

Regionen unseres Landes und fast täglich auf der Straße. Die Ziele der *label*losen Demokratiebewegung lauten seit 28. März 2020

1. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MAẞNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND.

2. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES & DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.

3. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIENPRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.

4. VOLKSENTSCHEIDE ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN ANGELEGENHEITEN (FRIEDEN, WÄHRUNG, WHO USW. USF.).

5. VERFASSUNGSERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES MIT WIRTSCHAFTS- & SOZIALCHARTA AUS DEM VOLK SELBST.

Auch viele sogenannte Alternativmedien sträuben sich, über die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung – immerhin die größte und langanhaltendste überparteiliche Bewegung in den Jahrhunderten der deutschen Geschichte – korrekt zu berichten, weil sie die Hoffnung hegen, ihre alten Hegemonen von der CDU oder SPD würden doch noch zu ihnen zurückkehren. Das ist selbstverständlich nicht der Fall, es ist unter den gegenwärtigen Umständen völlig ausgeschlossen, wäre allenfalls nach einer Revolution und den darauffolgenden Umbruchsszenarien und völliger Neubesetzung der Parteispitzen mitsamt der feist gepämperten Apparate, »Stiftungen« und Nichtregierungsorganisationen möglich – was einer Neugründung gleichkäme.

Sahra Wagenknechts Bündnis BSW, an dem auch Oskar Lafontaine und etliche Granden unserer Bewegung wie Friedrich Pürner beteiligt sind, ist die einzige größere Neuerung der EU-Wahlveranstaltung. Das BSW sprang aus dem Stand auf 6,2 Prozent der abgegebenen Stimmen in der Bundesrepublik, die AfD legte signifikant zu, die Bündnisgrünen verloren ganz erheblich. Der seit Längerem strauchelnde französische Staatspräsident Emmanuel Macron stellte nach dem Einbruch seiner Partei »Republik in Bewegung« und dem Erstarken des Rassemblements National, also der le-Pen-Partei der nationalen Sammlung, die Vertrauensfrage und kündigte Neuwahlen an. Ein solcher Schritt war für den unbeliebtesten Präsidenten der französischen Geschichte, der, ähnlich dem deutschen Regime, mit fast täglichen revolutionären Aufständen konfrontiert ist, seit Längerem erwartet worden.

Ansonsten gibt es an dieser Scheinwahl überhaupt nichts Interessantes zu vermelden. Die Politapparate sind Mafia-Veranstaltungen völlig degenerierten, zutiefst perversen und völlig verantwortlungslosen Schweinepacks. Daran ändern leider auch die wenigen guten Leute nichts, die immer wieder ihre zarten

ck mit Lechts

von der Zeitenwende der Zeitenwende

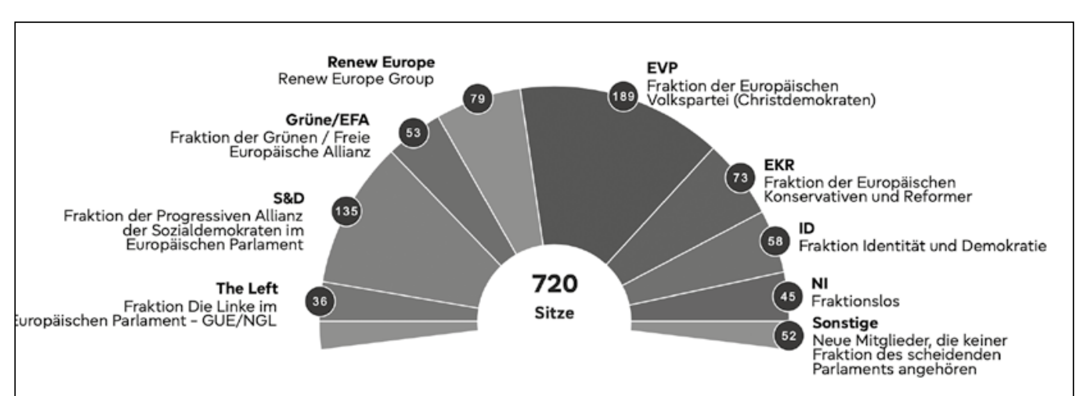


nung der Repräsentation?
rin Sahra Wagenknecht (links),
tiker Björn Höcke (rechts).
ehemalige Gesundheitsamtsleiter,
ewegung, Preisträger der Republik
ger Dr. med. Friedrich Pürner,
mentsmandat holte.
Feuerstacke/Lenz

Hoffnungen und unschuldigen Seelen in diesen Höllen zu Briketts verkohlen. »Ich bin vom Rechtsruck nicht überrascht, weil dieser längst stattgefunden hat«, verblüffte der sich allmähich von seiner *ZDF*-Zeit wieder emanzipierende Satire-Politiker Martin Sonneborn in seiner Stellungnahme zur Wahl. So sei die kriminelle EU-Kommisionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) vor mehreren Jahren auch mit den Stimmen der »rechten« ungarischen Fidesz oder der polnischen Pis-Partei gewählt worden. Das Herumgeschiebe um »links« und »rechts« sei demnach nur vordergründig. Den EU-Bürgern stünden die fünf »schlimmsten Jahre« ihres Lebens bevor, hatte Sonneborn (Partei »Die Partei«) bereits vor der Scheinwahl öffentlich konstatiert. Wie erwartet, wird die Partei »Alternative für Deutschland« weiter unterwandert. Alle populären Kandidaten, die substantielle Forderungen formulieren und diese auf Dauer kräftemäßig und intellektuell aufrecht erhalten können, werden nach und nach abgeräumt – das gilt für alle Parteien aller Farben, und auch für fast alle Journalisten. Am Tag nach der Wahl wurde der Buchautor und Rechtsanwalt Maximilian Krah abserviert, zuvor Spitzenkandidat der AfD der Europawahl. Nach Einspruch der französischen Le-Pen-Partei hatte Krah bereits alle Wahlkampfauftritte absagen müssen. Gegenstand der Empörung war Krahs Äußerung auf Nachfrage der italienischen Zeitung *La Repubblica* gewesen. Krah hatte geäußert, nicht alle rund 900.000 Angehörigen der Waffen-SS seien Kriminelle gewesen.

AFD WIRD WEITER UNTERWANDERT

»Der Wähler versteht solche Intrigen nicht«, kommentierte der Verleger des neurechten Verlages Antaios und der Zeitschrift Sezession, Götz Kubitschek, nach der EU-Wahlveranstaltung. »Er will die Wende. Er will, daß derjenige, der präsent, potent, schlagfertig und klar das vertritt, worauf man hofft, gewinnt. Daß er nun gehen soll, begreifen zehntausend. Millionen verstehen es nicht. Bei ihnen bleibt nur Chaos, Unentschiedenheit und ›Politik‹ hängen. Dabei wünschen sie sich eine andere Politik, wollen hoffen, Potenz spüren, nicht bloß das kleinere Übel wählen.« Der Verleger weiter: »Die AfD ist bundesweit zur zweitstärksten deutschen Kraft im künftigen EU-Parlament gewählt worden – gegen die geballte Macht aller Altparteien und etlicher Neuparteien, aller staatlich finanzierten Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Amtskirchen und Wirtschaftsverbände. Man hatte auf Seiten der Gegner damit gerechnet, unter dem medialen und politischen Napalmteppich kaum mehr feindliches politisches Leben vorfinden, isolieren und bekämpfen zu müssen; das Widerlager aus alternativer Ansage, alternativem Medienangebot und elender Wirklichkeit ist aber mittlerweile so belastbar und so präsent, daß gerade in den Ostbundesländern kein Kraut mehr gegen den Wunsch nach neuer, anderer Politik gewachsen ist. An dieser Stelle wird Parteipolitik zu einem elenden Geschäft. Man hat das Zugpferd unter den eigenen Wagen geworfen. Das nimmt allen den Schwung, nur den paar nicht, die ihre Einzelkarriere für die große Wende halten. Noch nie war so oft wie in den vergangenen Tagen der Satz zu vernehmen, man wisse nicht genau, wer hier wen noch ›ansteuern‹ könne. – Es freut sich das kleinere Übel.«



Sitzverteilung nach EU-Fraktion im Brüsseler/Straßburger Scheinparlament für die Jahre 2021 bis 2025 laut dem vorläufigen Endergebnis. Daten: Europäisches Parlament

KOMMENDE WAHLSIEGE VON AFD UND BSW

In Thüringen, Brandenburg und Sachsen kam die AfD jeweils auf Ergebnisse bei der EU-Wahlveranstaltung. Mit diesen Ergebnissen würde sie bei den für die zweite Jahreshälfte 2024 angesetzten Landtagswahlen jeweils zur stärksten Fraktion werden und in Thüringen voraussichtlich in Björn Höcke (auf dem Bild, Seite 13) den Ministerpräsidenten stellen, ebenso in Sachsen Jörg Urban. In Sachsen kam die AfD sogar auf über 50 Prozent, nur CDU und BSW auf relavante zweistellige Prozentzahlen. SPD, Bündnsigrüne, FDP und die Partei Die Linke landeten in Sachsen sage und schreibe sogar jeweils bei um die zwei Prozent (!).

Die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen sollen am 1. September stattfinden, jene von Brandenburg am 22. September. Bleibt eben die Frage, ob es dem Lügen- und Kriegstreiberpack gelingt, noch zuvor den Dritten Weltkrieg oder die nächste »Plandemie« aus dem Hut zu zaubern. So oft, wie die perversen Schweine davon reden, sie selber, und nur sie selber, seien die Demokratie, die sie zu retten vorgeben (also sich selber), muss einem Angst und Bange werden, dass diese Leute ihren *Fake*-Putsch mit allen Mitteln zu vollenden trachten. »Wir werden diesen Leuten nicht die Macht übergeben«, hatte die »Covidiotin« Saskia Esken (SPD) in einer TV-Quasselstunde vor dem EU-Pöstchenfest frohlockt. So lange der Angriff auf uns und die Demokratiebewegung in der BRD und der geplante Spritzengenozid in Folge der Corona-Lüge sowie die Frage von Krieg und Frieden keine Gegenstände der politischen Aushandlung geworden sind, ist die Gesamtveranstaltung völlig unglaubwürdig – und nie mehr unsere.

(Batty N'Diaye und Johnny Rottweil mit Anselm Lenz)



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der ukrainische Präsident Selenski kann einem fast Leid tun. Als er am 11. Juni 2024 ans Rednerpult des Bundestages tritt, starren ihn die versammelten Repräsentanten der BRD erwartungsschwanger an. Die Abgeordneten, das Regierungskabinett, der Bundespräsident, die Regierungschefs der Länder, Vertreter des Bundesverfassungsgericht. Sie alle hocken dort und wollen jetzt ihre Rede vom »Heldenkampf der Ukrainer« hören. Dafür haben sie ja jetzt auch bezahlt, hier hinein haben sie investiert und ihre Freunde investieren lassen. Dieser Heldenkampf steht ihnen zu.

Nato-Agrarunternehmen haben bereits den Boden der Ukraine unter sich aufgeteilt, während die vormaligen Besitzer an der Front kämpfen. Der Krieg ist eine Bodenreform. Von den Vielen zu den Wenigen. Und die ukrainische Regierung kann, selbst wenn sie wollte, nichts tun, sonst bleibt die »Unterstützung« eben aus. Wenn die Männer aus dem Krieg zurückkehren, wird die Ernte nicht mehr ihnen gehören. Das wird auch Selenski auf seinem Rückflug von der Konferenz klar vor Augen stehen. Ein Land als Beute.

Wir Demokraten bleiben hier bei unseren Leisten. Dieses räuberische Pack muss zur Rechenschaft gezogen werden. Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung.

Wir sehen uns auf der Straße.

Hochachtungsvoll demokratisch
Hendrik Sodenkamp



EU-Zwischenergebnis Sachsen laut Behördenseite, später sank der AfD-Anteil stark.

FÜR ECHTE VIELFALT

Der Rechtsanwalt Friedemann Willemer legt dar, wie er auf dem Rechtsweg gegen die horrende GEZ-Zwangsgebühr streitet, um ein vielfältiges Meinungsbild wiederherzustellen.

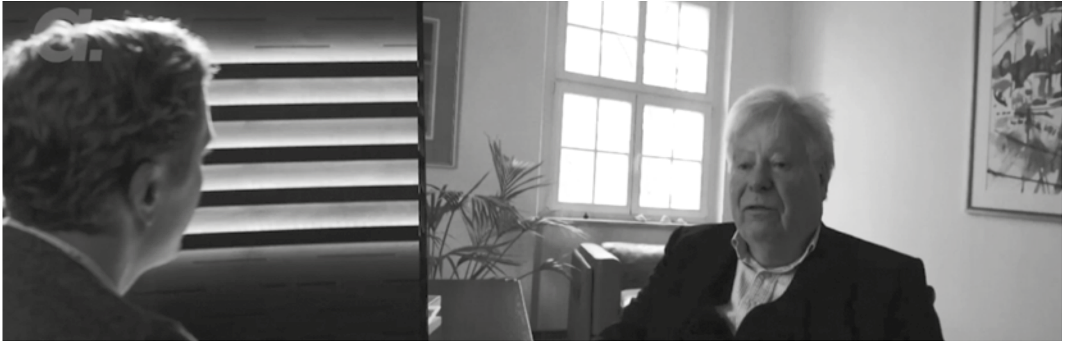
Mit Beschluss vom 23. Mai 2024 hat das Bundesverwaltungsgericht auf unseren Antrag die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes über die Nichtzulassung der Revision gegen sein Urteil vom 17. Juli 2023 aufgehoben und die Revision zugelassen.

Die Rechtssache habe grundsätzliche Bedeutung; denn das Revisionsverfahren kann Gelegenheit zur Klärung der Frage geben, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen gegen die Beitragserhebung geltend gemacht werden kann, der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, ein der Vielfaltssicherung dienendes Programm anzubieten, werde strukturell verfehlt, so dass es an einem individuellen Vorteil fehle.

In einer Vielzahl von identischen Verfahren haben wir für die von uns vertretenen Beitragszahler vor Verwaltungsgerichten in mehreren Bundesländern diesen Gesichtspunkt vorgetragen. Alle Klagen wurden mit nahezu identischer Begründung abgewiesen. Die Verwaltungsgerichte wiesen unsere Argumente als »systemwidrig« zurück. Das Bayerische Verwaltungsgericht München ließ jedoch die Berufung zu.

DEMOKRATISCHE MEINUNGSVIELFALT

Das Berufungsverfahren endete – erwartungsgemäß – mit der Zurückweisung der Berufung und Nichtzulassung der Revision. Wir haben Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision erhoben und darauf hingewiesen, dass der Bayerische Verwaltungsgerichtshof das synallagmatische Verhältnis zwischen dem Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ein der Vielfaltssicherung dienendes Programm anzubieten, und dem sich daraus ergebenden Vorteil, der die Beitragspflicht begründet, verkenne.



Zu den Konsequenzen der Missachtung des Verfassungsauftrages für die Beitragserhebung durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, ein der Vielfaltssicherung dienendes Programm anzubieten: Rechtsanwalt Friedemann Willemer (rechts im Bild) im Gespräch mit Anselm Lenz. Willemers Kanzlei in Zittau kommentiert in DW den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 23. Mai 2024 – BverwG 6 B 70.23 (6 C 5.24), 7 BV 22.2642. Foto: Apolut.net/DW-Bildschirmfoto

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof verletze die Beitragszahler in ihrem aus Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz erwachsenen Recht, auf Gewährung eines effektiven individuellen Rechtsschutzes, wenn er die Beitragszahler unter Ausschluss des Rechtsweges auf die Programmbeschwerde verweise. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 24. April 2023 (1 BvR 601/23) unseren Einwand gegen die Beitragserhebung jedoch für klärungsbedürftig bezeichnet. Entsprechend verweist das Bundesverwaltungsgericht in seinem Beschluss auf die Entscheidung des Bundesverfassungs-gerichts.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat sich einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Hinweisen des Bundesverfassungsgerichts verweigert und die von uns und dem Bundesverfassungsgericht aufgeworfene »naheliegende Frage« als nicht einer verwaltungsgerichtlichen Klärung bedürftig abgetan. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ein eklatanter Verstoß gegen das Gebot auf Gewährung eines effektiven individuellen Rechtsschutzes.

JEDER, DER LESEN KANN

Bisher haben es die Verwaltungsgerichte abgelehnt, dem Beitragszahler Rechtsschutz zu gewähren. Das Bundesverwaltungsgericht will nun entsprechend den Hinweisen des Bundesverfassungsgerichts diesen Makel beheben und sich mit unserem Argument auseinandersetzen, dass eine Beitragspflicht nur zu rechtfertigen ist, wenn die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten den Verfassungsauftrag, ein der Vielfaltsicherung dienendes Programm anzubieten, strukturell nicht verfehlen.

Wir denken, dass jeder, der sehen, hören oder lesen kann, den Verstoß der Öffentlich-Rechtlichen gegen den verfassungsrechtlichen Funktionsauftrag zu erkennen vermag. Der Verstoß ist offensichtlich - eine allgemeinkundige Tatsache. In den von uns vertretenen Verfahren, hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk diese allgemeinkundige Tatsache nicht in Abrede gestellt, sondern behauptet, der Rundfunkbeitrag sei unabhängig davon zu entrichten, was auch immer die Öffentlich-Rechtlichen leisten. Ein Gegenseitigkeitsverhältnis bestehe nicht. Seine von Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz garantierte Programmfreiheit stehe über allem. Sie gewährt ihm Narrenfreiheit.

Wir hoffen, das Bundesverwaltungsgericht schließt sich unseren Argumenten an, die sich auf die exzellenten Entscheidungsgründe des Bundesverfassungsgerichts zur Meinungsvielfalt und zur Struktur der Aufsichtsgremien, dem Gebot einer strikten Partei- und Staatsferne, stützten. Drücken Sie uns die Daumen; denn Meinungsvielfalt ist für eine Demokratie konstituierend, sie ist ihr Lebenselixier. Dafür brauchen wir einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der seinen verfassungsrechtlichen Funktionsauftrag gewissenhaft erfüllt.



KONTRAFUNK-GALA MIT DW UND SODENKAMP & LENZ

BEI DER DW-GALA in der Hamburger Großen Freiheit 36 spielten Opernsängerin und DW-Sprecherin Juliane Kind (rechts im Bild) und Konzertpianist und Verleger Hendrik Sodenkamp unter anderem das Lied der Deutschen. Für die Gala der Kollegen von Kontrafunk am 21. Juni 2024 um 16 Uhr in der Messe Dresden bringt diese Zeitung neben den Herausgebern vor allem ausgezeichnete Bücher und Autoren mit (kontrafunk.radio). Foto: DW/Lenz

Hin Da! KULTURKALENDER

Juni / Juli 2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • AUSSTELLUNG • »AntiARTIG & UncancelBAR – Zensiertes unzensiert« von Rudolph Bauer, Oliver Sperl, Jill Sandjaja und Arndt Nollau • Mittwoch – Freitag 17:00 – 22:00 Uhr • Eintritt frei

15.06.2024 • Nürnberg; Rudolf Steiner Haus, Rieterstr. 20, 90419 Nürnberg • BUCHVORSTELLUNG • »Ins Moralgefängnis und wieder hinaus« von Michael Andrick • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

16.06.2024 • Koblenz; Deinhard Kellermuseum, Deinhardplatz 3, 56068 Koblenz • VORTRAG • »Kognitive Kriegsführung – Neueste Manipulationstechniken« von Jonas Tögel • 15:00 Uhr – 18:00 Uhr, Einlass ab 14:00 Uhr • Tickets: ab 20 € unter krasser.guru

16.-23.06.2024 • Steinwenden; genauer Ort wird bekannt gegeben, 66879 Steinwenden • FRIEDENSWOCHE • »Stopp Air Base Ramstein« viele Veranstaltungen in einem Friedenscamp • Infos unter: www.stopptramstein.de

21.06.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • SEMINAR • »Der gegenwärtige Systemkonflikt, national und global« von Dr. Werner Rügemer, veranstaltet von der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) • 19:00 Uhr – 21:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

22.06.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • SEMINAR • »Der gegenwärtige Systemkonflikt, national und global« von Dr. Werner Rügemer, veranstaltet von der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) • 12:00 Uhr – 16:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

22.06.2024 • Durlangen; Gasthaus zur Krone, Kronengasse 1, 73568 Durlangen • PODIUMSDISKUSSION • »Wir lassen uns nicht spalten – Ausgrenzung und Distanzierung nein danke!« mit Anselm Lenz, Jan Veil, Marcus Fuchs, Michael Brück und Tobias Pfennig • 15:00 Uhr

27.06.2024 • Karlshagen; Haus des Gastes, Hauptstr. 4, 17449 Karlshagen • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:30 Uhr • Tickets unter: www.kabarett-musik.de

28.06.2024 • Reutlingen; Ort wird bei Anmeldung bekannt gegeben • LESUNG • »Richtigstellung! Es war noch nie falsch quer zu denken« Lesung und Gesprächsrunde mit Michael Ballweg und Ralf Ludwig • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Anmeldung erforderlich unter: www.f2.digitaler-aktivist.org

28.06.2024 • Seebad Bansin; Haus des Gastes, Promenade an der Seebrücke, 17429 Seebad Bansin • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:30 Uhr • Tickets unter: www.kabarett-musik.de

29.06.2024 • Stralsund; Genossenschaftsladen Menschlich wirtschaften, Wasserstr. 72, 18439 Stralsund • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:30 Uhr • Tickets unter: www.kabarett-musik.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischer-widerstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



GEGENDRUCK
Das Manova-Magazin
Ullrich Mies und Annette van Gessel (Chefredaktion)
Manova-Edition
ISBN: 978-3-911394-01-7



ABSCHRECKEND ODER ERSCHRECKEND?
Europa ohne Sicherheit

Erich Vad
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-86489-470-1



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1

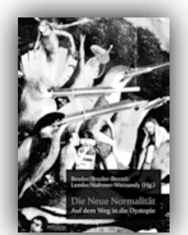


RICHTIGSTELLUNG
Es war noch nie falsch, quer zu denken!
Michael Ballweg, Mathias Bröckers, Ralf Ludwig
Tiger Press
ISBN: 978-3-910972-02-5



CHRONIK EINER ABRECHNUNG

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE NEUE NORMALITÄT
Auf dem Weg in die Dystopie

Bruder/Bruder-Bezzel/Lemke/Stahmer-Weinandy (Hgg.)
Promedia-Verlag
ISBN: 978-3-85371-540-6



DIE CORONA-LITANEI
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens

Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



GESINNUNGSPOLIZEI IM RECHTSSTAAT?
Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik
Mathias Brodkorb
Zu Klampen Verlag
ISBN: 978-3-987374067



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer
Pad-Verlag, bestellbar auf demokratischerwiderstand.de



DAS CORONA-ABC
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0

WELTHERRSCHAFTSIDEE UND KABELSALAT

KOLUMNE MEDIEN

von Anselm Lenz

»Wir beschließen etwas. Wenn es kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter.«

Das sagte der EU-Panzer Jean-Claude Juncker bereits 1999 der Hamburger Nachrichtenillustrierten Spiegel. Das ist das Movens, der Beweggrund der Europäischen Union, die wie fast alle Systeme, nach Selbstreproduktion und Ausbreitung strebt. Bestätigt wird diese Hypothese von der vielfach aufgebrachten Behauptung ihrer feist durchgefütterten Funktionäre, ohne die EU seien »wir« machtlos, hätten im Ränkespiel der Weltmächte nichts zu husten.

Wäre es eigentlich so schlimm, Wettrüsten der Weltmächte nicht mitzumischen? Geht es den nur rund drei Millionen Uruguayern etwa schlecht, weil ihr Sozialsystem national organisiert ist? Leiden sechs Millionen Singapurer an mangelnder militärischer Macht und geringer Landmasse? Haben die fünf Millionen Neuseeländer ein melancholisches Dauertief wegen ihrer schwer überwindlichen Außengrenzen? Leiden die neun Millionen Schweizer an einer Monokultur ihrer Amtssprachen?

Nein. Es geht darum, 450 Millionen Europäer mittels der EU-Organisation kulturell und organisatorisch den Vereinigten Staaten in allen Aspekten nachzumodellieren und sie ohne das europäische Russland in den Washingtoner Machtblock einzugliedern. Dies bis hin dazu, dass eine Schrumpfform der englischen Sprache mittlerweile Umgangssprache des EU-Blocks ist, obwohl außer in Malta in keinem EU-Land Englisch die Landessprache ist. In Deutschland weiß man, was die Zurückdrängung der eigenen Deutschen Industrienorm DIN bedeutet: Viel Technikschrott aus USA und Fernost. Ein einziger Kabelsalat, oft passt kein Mütterchen mehr aufs Schräubchen.

NUR DER AUFSTAND ZÄHLT

Den Reichtum eigener Sprachen, Regionalsprachen, Akzente, eigener unabhängiger Medien, eigener Währungen, eigener, gut eingeübter zivilisatorischer Systeme, wechselnder Koalitionen absichtlich schleifen zu wollen – das ist völliger Wahnsinn! Sowas macht nur größenwahnsinnige Funktionäre heiß, die Menschen aber todtraurig. Verödung wird immer Aufstände auslösen. Nein, die Möglichkeit zum ewigen Weltfrieden führt nicht über den globalen Sieg des Kapitals, einer Organisation, einer Sprache und Kultur, sondern über die Niederlage der Weltherrschaftsidee, so unterschwellig und kühl diese auch vorgetragen werden mag. Diese in mehreren Aspekten weltführende Zeitung erscheint auf Deutsch.

WENN DIENER HERRSCHEN

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Klaus Ebbert

Wenn in einer Demokratie (= Herrschaft des Volkes) sich Minister (= Diener des Volkes) und Regierungsparteien dazu versteigen, das Verhältnis umzudrehen und die Obrigkeit rauszukehren, wenn sie in ihrer Ideologie-Blase und abgehobenen Arroganz völlig den Bezug zum eigentlichen Souverän, dem Volk, verlieren, dann läuft etwas grandios schief.

Wenn viele Pastoren und Kirchenleitungen bei diesem unseligen Treiben mitmachen, indem sie bewusst oder unbewusst dazu Bibelabschnitte zum Thema Obrigkeit aus dem Zusammenhang reißen und diese sträflich missdeuten, ist das mit Verlaub genauso verwerflich. Viel zu viele Christen wurden in den letzten Jahren mit dem drohenden Zeigefinger eines falsch verstandenen Obrigkeitsgehorsams zu gefügigen Empfängern eines Pharma- und Klima-Sakraments gemacht. Anstatt dass Kirchen und Gemeinden diesen unbiblischen Schieflagen vehement widersprechen, schwimmen sie lieber folgsam im Strom der Panikpropheten. Ich bin so dankbar für all die Mitchristen, die dieser perfiden Verführung Widerstand geleistet haben und dies immer noch tun. Wie immer hierzu noch einige Verse:

Sie haben sich theologisch missbrauchen lassen
und zwar über alle erdenklichen Maßen
Man solle der Obrigkeit gehorsam sein
Das wäre verbindlich ga nz allein
Eine Vorschrift auf einen Vers gebaut
doch auf all die and'ren nicht geschaut
wo so viele Glaubenshelden
sich ganz anders zu Worte melden
Man hat ihnen das von den Kanzeln befohlen
dabei den biblischen Kontext gestohlen
Man hat sie zum Gehorsam gezwungen
was leider wahrlich weithin gelungen
Wem sollen wir denn gehorsam sein
Nun, doch wohl dem Schöpfer ganz allein
Vernünftige Regeln für gemeinsames Leben
die soll und muss die Obrigkeit geben
Abgaben, Steuern und dergleichen
gerecht verteilt auf die Armen und Reichen
Rechtsprechung und Gerechtigkeit
für jedermann zu jeder Zeit
Doch all das And're zu akzeptieren
mit dem sie knechten und schlimm verführen
das hat die Bibel niemals gelehrt
das ist verdreht und grundverkehrt
Nun, die da oben haben scheinbar vergessen
voll Überheblichkeit und vermessen
dass wir, das Volk, der Souverän sind
Auf diesem Auge sind sie voll blind
Sie haben den Spieß einfach umgedreht
Eine böse Verdrehung von früh bis spät
Statt Diener des Souveräns zu sein
führen sie sich auf wie Götter in klein
Doch sind sie selber im Netz gefangen
Wie Marionetten aufgehangen
Von Lobby und finst'ren Mächten gekauft
mit Wasser der Selbstsucht und Lüge getauft
Volk Gottes, mach deine Augen auf
mach doch nicht mit ihren irren Lauf
Kehre um zum Schöpfer, zum Vater
Renn heraus aus dem Schmierentheater
Mach mit der Lüge endlich Schluss
dass man auch Irrsinn gehorsam sein muss
Niemals Gewalt gegen Obrigkeit
doch zu friedlichem Widerstand sei bereit
Gott gehorchen und nicht der Welt
Seinem Wort folgen und nicht dem Geld
Dann bist du auf den richtigen Wegen
und nur darauf liegt Sein guter Segen

Der Autor war Diplom-Sportlehrer im Schuldienst und hat bereits mehrere eigene Lyrikbände herausgegeben. Er lebt mit seiner Familie im Westmünsterland.



SPORT MIT BERTHOLD

AUF DIE AUFGABE KONZENTRIEREN!

»Sommermärchen und Wahrheit«: In der ersten Ausgabe des offiziellen EM-Podcasts der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (u.a. auf YouTube, @demokratischerwiderstand8637) berichtet Thomas Berthold von seinen Erfahrungen bei den großen Turnieren, darunter die erste Europameisterschaft im Jahr 1988 in Westdeutschland.

»Du stehst auf, dann gibt es Frühstück. Dann ist in der Regel vormittags Training. Dann ist Mittagsruhe und Presse. Nachmittags nochmal Training. Abends ist dann Bettruhe. Und so läuft das im Turnier Tag für Tag ab. Es ändert sich nur ein bisschen, wenn man zum Spieltag kommt, dann wird die Belastung etwas heruntergefahren. Einen Tag vor dem Spiel findet eigentlich nur noch ein lockeres Abschlusstraining statt. Da werden noch ein paar Standards geübt, vielleicht noch ein paar Elfmeter geschossen, ein paar taktische Sachen ausprobiert. Der Spieltag selbst ist lang, wenn du erst abends um neun spielst. Halb neun, neun wecken, dann das Frühstück. Und was machst du dann eigentlich bis 21 Uhr? Das fand ich für mich immer die schlimmste Zeit: Diese Warterei und Herumhängerei im Hotel oder im Trainingscamp, bis du dann letztlich in den Bus steigen kannst. Ich glaube, ich habe nie wieder soviel Kaffee getrunken, wie in dieser Zwischenzeit, um wach zu bleiben. Im Nachhinein: Koffein ist nicht gut für den Körper.

DER EM-PODCAST MIT BERTHOLD AUF DEN HANDYS DER EM24-SPIELER

Wenn um neun Ihr abends das Spiel beginnt, muss man sich das so vorstellen, dass man versucht, anderthalb Stunden zuvor im Stadion zu sein. Nicht zu früh, sonst hängst du wieder da herum. Du musst immer schauen, dass die Spannung aufgebaut wird. Man versucht, zwischen 90 Minuten und einer Stunde 15 Minuten vor Spielbeginn anzukommen.

Dann kommst du in die Kabine hinein. Dort hast du deinen Platz, wo dein Trikot hängt. Dann wird sich umgezogen. Man macht schon vorab Aufwärmübungen. Entweder in der Kabine oder in den Gängen vor der Kabine, wo man laufen kann. Und dann gehts raus auf den Platz. Dort machst du das Warmmachprogramm. Früher war das individuell, heute sehe einen eigenen Co-Trainer dafür, der mit allen gemeinsam das Aufwärmprogramm durchzieht, laufen, dehnen, etwas mit dem Ball. Dann gehts wieder hinein, du ziehst das Trikot an, kommst nochmal zu dir. Auf die Aufgabe konzentrieren! Was ist der Matchplan? So, und dann gehts raus, Anselm! Dann läufst du auf, siehst das volle Stadion. Dann wird sich aufgestellt, die Nationalhymne gesungen und dann ist Showtime.«



Thomas Berthold (l.) im Gespräch mit Anselm Lenz.
Foto: Privat

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»WER DIE WAHRHEIT NICHT KENNT, DER IST BLOSS EIN DUMMKOPF. ABER WER SIE WEISS UND SIE EINE LÜGE NENNT, IST EIN VERBRECHER.“
BERTOLD BRECHT

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*